Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4193

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance Platz 8. Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. Sept. 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Politisierte Wirtschaft.

Kontingente für gutes Wahlwetter.

SPD. Der Kontingentierung und Zinssenkung, über die am Montag von der Reichsregierung Einzelheiten in einer derartigen Mangelhaftigkeit veröffentlicht worden sind, dass sich die Unruhe in der Wirtschaft unbedingt weiter steigern muss, ist ein leidenschaftlicher Kampf vorausgegangen. Die Gegner der Kontingentierung haben dargelegt, wie sehr die Einfuhrdrosselung für landwirtschaftliche Waren den deutschen Industrieexport schädigen muss. Sie haben bewiesen, dass der mit Sicherheit zu erwartende Exportausfall neue Millionen von Deutschen arbeitslos machen und die Landwirtschaft so weiter Kunden verlieren wird, dass die Kontingentierung, selbst wenn sich die unwahrscheinlichsten Hoffnungen der Autarkiefreunde erfüllen, der Landwirtschaft niemals helfen kann.

Die Vertreter der Landwirtschaft haben das alles zugeben müssen. Aber sie bestanden auf die Erfüllung von Forderungen, die der Rumpelkammer der nationalsozialistischen Agitation entnommen sind. Den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere den Führern im Reichslandbund, ist der Vorwurf zu machen, dass sie eine rein wirtschaftliche Angelegenheit einzig und allein vom Standpunkt der Kontingentierung und der Furcht vor der nationalsozialistischen Agitation betrachtet haben. Die gegenwärtige Reichsregierung trifft der Vorwurf, dass sie denselben Fehler für ihr Teil nicht vermieden hat. Auch sie hat in rein wirtschaftlichen Dingen die Entscheidung aus politischen Rücksichten gefällt. Sie hat das Gewissen gehabt, hinsichtlich der Kontingentierungsforderung der Landwirtschaft Konzessionen zu machen, die unter keinen Umständen gemacht werden durften. Man hat sichinnerhalb der Regierung zweifellos über die bessere Einsicht hinweggesetzt, nur um die bevorstehenden Reichstagswahlen zugunsten der Papenregierung zu beeinflussen. Man will durch die Kontingentierung und die Zinssenkung auf dem Lande besseres Wahlwetter für die Regierung Papen machen.

Hätten wir ein Parlamemt, das zu arbeiten verstünde und das arbeiten könnte, dann wäre ein Missbrauch mit wirtschaftlichen Dingen, wie er jetzt betrieben wird, unmöglich. Man hat so viel über das "System" in der Republik und über die "Systemparteien" geschimpft. Man soll uns nur einen Fall sagen und zeigen, in dem die "Systemparteien" so mit wirtschaftlichen Dingen, mit dem Schicksal unserer Wirtschaft spielten, wie das die Papenregierung jetzt tut. Eine derartige Vergewaltigung der Wirtschaft wäre bei ihnen unmöglich gewesen. Dafür war und ist ihr Verantwortungsgefühl zu gross. So zeigt sich die Notwendigkeit der Demokratie und des Parlamentarismus insbesondere in diesen Tagen, wo über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands geradezu gekuhhandelt wird.

Alle Warnungen gegen die Kontingentierung hat die Regierung ungehört verhallen lassen und der Reichsernährungsminister tut Entscheidungen, die naturnotwendig zu handelspolitischen Konflikten führen müssen, mit ein paar Phra-

sen ab. Was denkt sich dieser Reichsernährungsminister eigentlich, wenn er in seiner Münchener Rede von der "Gebundenheit zur Scholle", von "Ehre und Freiheit" und von "Staatsbudgets und Handelsbilanzen" spricht, die "verloren gehen", wenn ein Volk das Gefühl dafür verliert. Wir wissen nicht, wen der Freiherr damit in München gemeint hat. Etwa die industrielle Arbeiterschaft, die in den letzten 20 Jahren die Kriegslast, die Last des Zusammenbruchs und des Aufbaus getragen hat? Es zeugt gerade nicht von grosser Verantwortungsfreudigkeit, wenn, wie es der Minister in München getan hat, mit Plattheiten handelspolitische Ereignisse garniert werden, deren Tragweite unabsehbar ist.

Die Regierung Papen nimmt die Belebung, die sich während der letzten Wochen in unserer Wirtschaft unzweifelhaft zeigt, deren tiefe Wurzel jedoch in der Weltwirtschaft, in dem Umschwung auf den grossen Rohstoffmärkten liegen, für sich in Anspruch, für ihre Bemühungen, die sogenannte privatwirtschaftliche Initiative in Deutschland zu wecken. Wir gönnen ihr diesen Ruhm. Uns kommt es darauf an, dass es wirklich in der Wirtschaft besser wird und dass die Arbeitslosen verschwinden. Wie muss aber das Attentat der Regierung von Papen auf den deutschen Industriewarenexport, von dem in Deutschland 10 Millionen Menschen leben, wirken? Es wird auf jeden Fall die Schuld der Regierung Papen sein, wenn durch das Kontingentierungssystem Rückschläge in den Wirtschaftsbesserungen eintreten.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die Industrie. Der Standpunkt der Industrie in der Kontingentierungsfrage war sachlich, wohlüberlegt und wohlbegründet. Die Industrie hat trotzdem eine Schlacht verloren und musste gegen die Agitationsrücksichten und politischen Ueberlegungen im Schoss der Reichsregierung zurückweichen. Aber sie hat mitgewirkt, dass diese Schlacht verloren ging. Hat sie den grossagrarischen Forderungen im Laufe der letzten Jahre nicht immer wieder nachgegeben? Hat die Industrie nicht die Grossagrarier zu immer neuen Forderungen ermuntert? Hat sie nicht den Kampf gegen das "System" finanziert? Ist sie nicht mit dem System Papen durch Dick und Dünn gegangen? Jetzt zeigen sich die Folgen!

Wenn aber die Regierung Papen glaubt, sie hätte mit der Kontingentierung gutes Wahlwetter auf dem Lande gemacht und die Nazikonkurrenz aus dem Felde geschlagen, dann sind Zweifel wohl am Platze. Der Reichslandbund ist seit Jahren so unsachlich und demagogisch geleitet, dass er immer wieder neue Forderungen aufstellen wird. Sachlichkeit und Verantwortungsbewusstsein sind in den grossagrarischen Organisationen unbekannte Dinge geworden und der Reichsernährungsminister wird bald das Schicksal seines Vorgängers Schiele teilen, von dem im Reichslandbund, dessen Präsident er war, kein Hund mehr ein Stück Brot annimmt, weil Schiele nicht verantworten konnte, das zu geben, was von ihm gefordert wurde.

Der 6.November wird zeigen, was ist. Die unter der Kontingentierung leiden, die Angestellten, Beamten und Arbeiter, stimmen für die Sozialdemokratie - gegen die Papenregierung, gegen die Nazis; denn nur dadurch ist die Gewähr gegeben, dass das Recht nicht nur in der Politik sondern auch in der Wirtschaft endlich wiederkehrt.

SPD. Breslau, 26.September (Eig.Dr.)

Das Sondergericht am Breslauer Landgericht sprach am Montag den 33jährigen Reichsbannermann Walter Pollack von der Anklage des Landfriedensbruchs frei.

Pollack war beschuldigt, an einem Ueberfall auf Nationalsozialisten, der sich am 22.Juni vor dem Breslauer Arbeitsgerichtsgebäude abgespielt hat, beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte konnte jedoch nachweisen, dass er an dem Ueberfall nicht beteiligt war. Dem Hauptbelastungszeugen, einem mora-

lisch verkommenen Hakenkreuzler, der den Breslauer Justizbehörden aus einem Meineidsverfahren im vorigen Jahre als lügnerischer Phantast bekannt ist, schenkte das Gericht erfreulicherweise keinen Glauben.

SPD. Eine sehr merkwürdige - man könnte fast sagen belustigende - Parole für den kommenden Wahlkampf hat die Berliner schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" entdeckt. Sie erklärt es für begreiflich, wenn in manchen Kreisen eine gewisse Wahlmüdigkeit herrsche, aber sie glaubt diese Stimmung mit dem folgenden Hinweis bekämpfen zu können: "Wenn manvon allen parteipolitischen Schlagworten absieht.... dann steht das deutsche Volk vor der verzwickten Aufgabe, einen Reichstag von der Art zu wählen, dass er notfalls auch weiterhin ein Regieren gegen denReichstag ermöglicht."

Mit anderen Worten: Das deutsche Volk soll eine Vertretung wählen, die entschlossen ist, ihre Auftraggeber und mit ihnen die Verfassung zu verraten und zugunsten der Regierung auf die Geltendmachung ihrer Rechte zu verzichten.

Das könnte dem schwerindustriellen Organ und den Herren um Papen so passen. Aber die Aufgabe, die hier dem Wähler gestellt wird, ist in der Tat recht "verzwickt". Welcher Partei gibt man eigentlich die Stimme, wenn man das hier aufgestellte Ziel erreichen will? Da es mit der Präsidial-Partei einstweilen nichts geworden ist, gibt es keine Gruppe - nicht einmal die des Herrn Hugenberg -, die sich zu der Absicht bekennt, das Parlament nur deshalb ins Leben zu rufen, damit es die Gelegenheit zum Selbstmord erhalte.

Aber trotzdem ist die Aufforderung nicht ganz so spasshaft wie es sich im ersten Augenblick anhört. Der neue Reichstag kann den Gefahren, die ihm drohen, nur begegnen, wenn er sich ehrlich auf den Boden der Demokratie stellt und von ihm aus entschlossen jeden Angriff gegen die Rechte des Volkes abwehrt Haben jedoch in ihm die Parteien eine Mehrheit,die die Diktatur des Herrenklubs nur bekämpfen weil es nicht ihre eigene Diktatur ist, und die sich in das Mäntelchen der Demokratie und des Parlamentarismus nur hüllen, um in dieser Verkleidung die Wähler über ihre eigenen verfassungsstürzlerischen Absichten irre zu führen - dann ist das ein Beweis dafür, dass das deutsche Volk die Anregung, die ihm das deutsche allgemeine Regierungsorgan gibt, verstanden und befolgt hat.

SPD. Warschau, 26.September (Eig.Dr.)

Die polnischen Verwaltungsbehörden haben am Montag in den Wojewodschaften von Ostgalizien die ukrainische agrarische linksradikale Partei Selrob wegen "kommunistischer und staatsfeindlicher Tätigkeit" verboten. Gleichzeitig wurden bei den Führern und in den Redaktionsräumen der drei Blätter dieser Partei Haussuchungen vorgenommen. Die Redaktionsmitglieder sowie zahlreiche Führer des Selrob wurden verhaftet.

SPD. Aus dem Bundesbüro des ADGB wird uns zur Frage der Lohnkürzungen geschrieben:

Der Reichsarbeitsminister hat am 24.September in einem Interview Stellung genommen zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er vertritt die Auffassung, dass ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere.

Wir haben in aller Öffentlichkeit dargelegt, inwieweit u.E. eine völlig

klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, sodass Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zurzeit geltenden Gesetze auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitsrechtlern. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheiden Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Insoweit gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme.

Anders jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister versucht, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen. Er sagt, dass er grundsätzlich nicht geneigt sei zu glauben, dass eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den "Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lang genug gedarbt haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen". Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine 40-Stundenwoche. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, dass die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Massnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer grossherzigen Klassensolidarität, einer Solidarität der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgend eine Klasse in Deutschland geboten hat. Wogegen sich die Arbeiter wenden, ist, dass nunmehr durch die Notverordnung, die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her beschränkt werden. Die Arbeiter wissen überdies, dass diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung führen muss, um so mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Mehreinstellung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, dass die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, dass die zurzeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verwehren "wegen einer geringen Lohnkürzung". Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es stände besser um Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Wenn sie Lohnkürzungen ablehn so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslose zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigt.

Der Vorstand des ADGB hat sofort nach der Ankündigung der Notverordnung durch den Reichskanzler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, dass die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In seiner Entschliessung heisst es ausdrücklich: "Ueberdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, dass das von der Regierung verfolgte Ziel, den Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 RM. für jeden neueingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet wer-

den, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern."

Um jede Missdeutung zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, dass sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will.

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, dass die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit denvon den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen "in unlösbarem Widerspruch" stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den Gewerkschaften aller Länder eingetreten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der 40-Stundenwoche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Vorschlag ging ausdrücklich von der Erwägung aus, dass zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern dass auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber - und das ist das Entscheidende - diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie aufs Schwerste gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabzug fügt.

Wir streiten nicht darum, inwieweit eine Abkehr vom Tarifvertrag "die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschüttert". Der kollektive Arbeitsvertrag wird erschüttert durch die Notverordnung. Nicht nur, dass er seine Funktion, eindeutige Lohnsätze festzulegen, einbüsst, sondern auch weil die vollkommene Verschiebung des Konkurrenzverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslösenwird, vom Tarifvertrag loszukommen und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlicherklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden selbst inFällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die Allgemeinverbindlicherklärung zurzeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsminister, die die Allgemeinverbindlicherklärung eines Lohntarifes in der Landwirtschaft ablehnt, da "der Wochenlohn von 10,20 RM. in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint". Geht an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften "erschüttert".

SPD. Paris, 26.September (Eig.Drahtb)

Auf dem französischen Unterseeboot "Persée" hat sich am Montag nachmittag während einer Uebungsfahrt auf der Höhe von Cherbourg eine Explosion ereignet. Nähere Einzelheiten über den Umfang des Unglücks fehlen noch. Von Cherbourg aus sind mehrere Bugsierdampfer zur Hilfeleistung abgegangen.

SPD. Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag nachmittag mit Anträgen verschiedener Fraktionen über Unwetterschäden. Annahme fand ein von dem sozialdemokratischen Berichterstatter Abg. Peters-Hochdonn (Soz) vorgeschlagener zusammenfassender Antrag, worin das Staatsministerium ersucht wird,

1) nach Prüfung der entstandenen Unwetterschäden, soweit dies erforderlich ist, in folgenden Gebieten:

a) im Gebiet der unteren Havel, der Stepenitz und der Karthane,
b) in den Kreisen Nimptsch, Reichenbach (Eulengebirge), Schweidnitz, Waldenburg, Falkenberg O/S., Breslau, Lauban, Liegnitz, Goldberg, Wohlau, Hayrau, Lüben, Leobschütz, Glatz, Bolkenhain und Grünberg,
c) in den Kreisen Gumbinnen und Insterburg,
d) in dem Kreise Dannenberg a.d.Elbe,
e) in den Gemeinden Nottuln, Havixbeck und Beerlage,
f) in den Gemeinden Gross Pötewitz, Trebnitz (Elster) und Grossen,
g) in der Gemeinde Mühlheim (Mosel)

in Gemeinschaft mit den in Frage kommenden Kreisen, Provinzen und dem Reiche eine staatliche Notstandsaktion durchzuführen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen; die Verteilung der Beträge erfolgt durch die betroffenen Gemeinden und der Beteiligung von Ausschüssen der Geschädigten;

2) im Bedürftigkeitsfalle die fälligen Steuern zu stunden bezw. niederzuschlagen sowie auf das Reich, die Gemeinden, Kreise und Provinzen im gleichen Sinne einzuwirken;

3) durch Gewährung von Krediten helfend einzugreifen;

4) vorbeugende Massnahmen zur Verhütung künftiger Ueberschwemmungen zu ergreifen;

5) dahin zu wirken, dass bei Vergebung der Arbeiten oder bei Regiearbeiten der vereinbarte Tariflohn zu zahlen ist.

SPD. London, 26.September (Eig.Drahtb.)

Der englische König kehrt am Donnerstag nach London zurück, um am Freitag-Vormittag die Rücktrittserklärungen der liberalen Minister entgegenzunehmen. Gleichzeitig wird er die Nachfolger zu ernennen haben.

Der Umbau des Kabinetts ist nicht frei von Schwierigkeiten für den Premierminister, der den überparteilichen Charakter der Regierung wahren möchte. Als Nachfolger Snowdens möchte er Lord Allen, den früheren Vorsitzenden der unabhängigen Labour Party in das Kabinett aufnehmen, eine Wahl, die jedoch den Konservativen wenig gefällt. Wahrscheinlich wird im Zuge des Kabinettsumbaus auch ein Wechsel im Auswärtigen Amt stattfinden. Sir John Simon, der am Dienstag nach London zurückkehrt, wird möglicherweise das Auswärtige Amt, wo er auch nach englischer Meinung keine sehr glückliche Rolle gespielt hat, mit dem Sicherheitsministerium vertauschen, das durch den Abgang von Samuel frei wird. Als Kandidaten für das Aussenministerium werden Lord Reading und Lord Lothian genannt.

Es sind übrigens neuerdings wieder Bemühungen im Gange die liberalen Minister zum Verzicht auf ihren Rücktritt zu bewegen.

SPD. "Nieder mit dem Wohlfahrtsstaat" war der erste Schrei der Papenregierung, als sie durch den Geburtshelfer Hitler das Licht der Welt erblickte hatte. Heute weiss die letzte deutsche Arbeiterfrau, was die Worte der Barone bedeuten. Das Recht auf "Wohlfahrt" ist den Armen genommen und nur noch ein Reservat für die Besitzenden und Reichen. Nach den Milliardengeschenken an die Industrieritter folgen jetzt die Liebesgaben für die Grossagrarier.

Und wer bezahlt diese Freigiebigkeit? Einzig und allein die Arbeiterfamilien, die Erwerbslosen und die Verbraucher! Es sind die Steuergelder des Volkes, die entzogenen Löhne und Unterstützungssätze, von denen die Geschenke an die Unternehmer bezahlt werden. Es sind die erhöhten Lebensmittelpreise, mit denen die Wunden der Landwirtschaft gesalbt werden sollen.

"Zur Rettung der Wirtschaft und damit zur Rettung des deutschen Volkes",

brüstet und prahlt täglich die Papenregierung. Wir brauchen aber nur einen Blick in die Papenpresse zu werfen, um zu wissen, dass diese "Rettung der Wirtschaft" nur eitel Schaumschlägerei ist und eine Seifenblase. Sie ist heute schon an den ökonomischen Interessen-Gegensätzen im eigenen Papenlager geplatzt.

"Halbheiten" lautet beispielsweise die Ueberschrift des Leitartikels in der "Deutschen Tageszeitung". Das Organ der Grossgrundbesitzer erklärt, die Agrargeschenke könnten weder Vertrauen noch Beruhigung in der Landwirtschaft erzeugen. Bestenfalls dürfe von einem Anfang und von einer Hoffnung gesprochen werden. "Die Reichsregierung muss schnellstens und muss namentlich gegenüber dem Auslande mit stärkerer Entschlusskraft, als sie hier bisher sichtbar wurde handeln, damit diese Hoffnung nicht wieder zuschanden wird!" Also noch höhere Zölle, noch schärfere Drosselung der Einfuhr, noch höhere Preise für Brot, Speck, Butter, Milch, Heringe und Fleisch!

So urteilen und verlangen es die Agrarier. Die Industriehälfte der Papenregierung ist nicht weniger erbost über die Wirtschaftsretter. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", Leib- und Magenblatt der Barone, deutet in industrieller Empörung auf die Folgen der erhöhten agrarischen Autarkie für den Industrie-Export und der Leitartikler der von der Industrie ausgehaltenen "D.A.Z." schliesst seinen Klageruf mit dem galgenhumoristischen Satz: "Immerhin, das Programm ist etwas besser als der Ruf, der ihm vorausging, und es hätte, ein magerer Trost, noch weit schlimmer kommen können."

Das Blatt der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", sieht in den Agrargeschenken eine Niederlage der Industrie, eine weitere Schwächung der Schuldnermoral und eine Subvention für den Grossgrundbesitz und es wäre interessant zu erfahren, woher die Regierung die Mittel dazu nehmen wolle, um auch nur den Hypotheken-Instituten den Zinsausfall zu vergüten.

Wenn wir so ausführlich die genannten bürgerlichen Zeitungen aus allen Lagern zitiert haben, so deshalb, um zu zeigen, dass diese Regierung auch wirtschaftspolitisch zwischen allen Stühlen sitzt und dass ihre ökonomischen Massnahmen nicht das Vertrauen und höchstens den Spott der kapitalistischen Auftraggeber finden. Herr von Papen aber verkündet im Rundfunk die Rettung der Wirtschaft und das Ende der Krise, durch wen? Durch IHN, Herrn von Papen selbst!

In Wahrheit wird durch diese Agrargeschenke nur das Volk geschröpft, an eine Hilfe für die Klein- und Mittelbauern ist nicht zu denken und nur die Grossagrarier erhalten Liebesgaben, die den Armen die notwendigsten Lebensmittel verteuern. Das Ausland wird auf die neuen Agrarzölle mit neuen Sperrmassnahmen für deutsche Industrie-Erzeugnisse antworten, verminderte Produktion, erhöhte Arbeitslosigkeit: so kurbeln die Barone die Wirtschaft an, so werden Volk und Vaterland "gerettet".

SPD. London, 26.September (Eig.Drahtb.)

Gandhi hat am Montag seinen Hungerstreik mit einem Glas Citronensaft beendet. Der Grund: die englische Regierung ist einverstanden mit dem durch Gandhis Hungerstreik erzwungenen Kompromiss zwischen den Hindus der höheren Kasten und den "Unberührbaren". Die Parias werden sogar statt 71 Sitze, wie es die englische Regierung vorschlug; 148 Sitze in der Kommunalvertretung erhalten. England macht lediglich Vorbehalte für das Wahlsystem.

Gandhi hatte seinen Hungerstreik als Pressionsmittel gegen die englische Regierung begonnen. Für die künftigen indischen Kommunalvertretungen hatte London den Parias einen gewissen Prozentsatz von Vertretern gesichert sowie eine angemessene Beteiligung der unterdrückten Klasse an der Verwaltung. Hiergegen empörten sich die Hindus der oberen Klassen, die den "Unberührbaren".

keinerlei Rechte zugestehen wollten. Auf der anderen Seite fürchtete die allgemeine indische Freiheitsbewegung, dass die Engländer ihren Willen durchsetzen, die Freiheitsbewegung dadurch spalten und einen neuen Stützpunkt ihrer Macht in den Parias erobern würden.

Der Hungerstreik Gandhis gegen England war jedoch gleichzeitig und in höherem Masse ein Streik gegen die Hindus der höheren Klassen. Er hat sie zur Einigung und zu einem Kompromiss mit den Parias gezwungen. Um England den Wind aus den Segeln zu nehmen sind die höheren Kasten sogar weit über den englischen Vorschlag hinausgegangen. Gandhi hat sein grosses politisches Spiel nach beiden Seiten gewonnen. Zum erstenmal in der Geschichte des indischen Volkes sind die Parias als gleichberechtigte Menschen anerkannt. Eine Tatsache von grösster und weittragendster Bedeutung.

SPD. In seiner Rede in Münster kündigte Herr von Papen - grosspurig wie es sich für ein Mitglied des Herrenklubs gehört - vor Wochen auch eine preussische Verwaltungsreform an. Die Reform ist inzwischen verordnet worden. Sie hat soviel Misstimmung und soviel Schwierigkeiten technischer Art hervorgerufen, dass sich die Papen und Bracht wieder einmal gezwungen sehen, einen Rückzieher anzutreten. Die Methode von oben herab zu verfügen ist eben nicht das Allheilmittel. Nur gut, dass die Barone das von Tag zu Tag mehr am eigenen Leibe verspüren. Manchem soll es deshalb schon vor dem schweren Winter grauen.

Die Beschwerden, Abänderungsanträge und Kritiken, die den Papen und Bracht in Erwiderung auf ihre Verwaltungsreform zugegangen sind, gehen ins Ungeheuerliche. Kein Zweifel, dass es darunter viele Zuschriften gibt, die sachlich nicht berechtigt sind. Aber es gibt auch ebensoviele, deren Berechtigung nicht einmal die Barone bestreiten können. Jedenfalls haben sie sich eines Besseren belehren lassen. Infolgedessen soll noch in dieser Woche durch eine neue Notverordnung bestimmt werden, dass ein Teil der bereits für aufgelöst erklärten Landkreise nicht aufgelöst wird und zahlreiche durch die schematische Neugliederung der Landkreise zu befürchtende Schwierigkeiten so oder so zu beheben sind. So hofft man aus einer halben Arbeit eine ganze machen zu können. Halbe Arbeit, weil ihre Fertigstellung unter der Fixigkeit, mit der sie im Interesse der Barone zustandekam, leiden musste.

Das Beispiel zeigt, dass auch die Bäume der Barone nicht in den Himmel wachsen. Und erst diesen Winter?

SPD. Genf, 26.September (Eig.Drahtb.)

Am Montag wurde die 13.Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet. In seiner Eröffnungsrede deckte Ratspräsident de Valera die Existenzkrise des Völkerbundes rücksichtslos auf. Er appellierte an alle Mitglieder sämtliche seither geübten Vertagungs- und Vertuschungsmethoden aufzugeben. Schliesslich widmete de Valera dem scheidenden Generalsekretär Sir Eric Drumond herzliche Abschiedsworte.

Politis-Griechenland wurde mit 44 Stimmen zum Präsidenten der 13.Vollversammlung gewählt.

SPD. Paris, 26.September (Eig.Drahtb.)

Der "Temps" erklärt zu den offiziösen Auslassungen der Wilhelmstrasse gegen die Herriot-Rede, dass diese Äusserungen nur ein Beweis für die Verlegenheit seien, in die die Husaren-Diplomatie des Kabinetts von Papen - von Schleicher die Wilhelmstrasse gebracht habe.

Die Auslassungen, so erklärt der "Temps", enthielten weder inbezug auf die Notwendigkeit der moralischen Abrüstung, weder in ihrer Widerlegung dessen, was Herriot über die freiwillige Herabsetzung der französischen Rüstungen in klarer Weise ausgeführt habe, noch in der Erwiderung auf die Feststellung des Ministerpräsidenten, dass man niemals Frankreich für seinen Verzicht und sein Wohlwollen gedankt habe eine Idee oder eine Phrase, die als Basis für eine ernsthafte Diskussion dienen könne. Diejenigen Persönlichkeiten die in der Wilhelmstrasse oder im Reichswehrministerium diese Auslassungen inspiriert hätten, seien gezwungen, Herriot vorzuwerfen, dass er den Text des Artikels 8 des Völkerbundspaktes nicht zitiert habe. Das sei weiter nichts als eine Geistesverirrung, denn Artikel 8 sei ständig im vollen Wortlaut von denen, die die französische These zu verteidigen hätten, herangezogen worden. Die offiziöse Berliner Note spiegele vor allem die grosse Nervosität wieder, die in deutschen Regierungskreisen durch die Stelle der Rede hervorgerufen worden sei, in der Herriot von dem Willen zur Wiederaufrüstung spricht. Die Forderung Deutschlands gehe direkt von der seit 1927 von General von Seeckt vertretenen Auffassung aus, die die wahre Militärdoktrin Deutschlands zum Ausdruck bringe: die verstärkte Reichswehr müsse von jeder Verteidigungsrolle befreit werden, die von jetzt an der Pflichtmiliz zufallen solle, sodass das Berufsheer sich völlig seiner Offensivaufgabe widmen könne.

SPD. Wien, 26.September (Eig.Drahtb.)

Im sozialdemokratischen Gemeinderatsklub von Wien teilte Bürgermeister Seitz am Montag mit, dass Stadtrat Breitner mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amte als Finanzreferent der Stadt Wien zurücktrete. Der Klub nahm diese Erklärung mit grösstem Bedauern und Dank für die Arbeit Breitners zur Kenntnis. Nachfolger Breitners in der Finanzverwaltung wird der bisherige Präsident des Wiener Landtages, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Robert Danneberg.

SPD. Genf, 26.September (Eig.Drahtb.)

In dem Büro der Abrüstungskonferenz wurde auch am Montag wieder jede Aussprache wegen der Abwesenheit von Deutschland vertagt.

In geheimer Sitzung wurde die Beschlussfassung über die Einberufung der Generalkommission auf die nächste geheime Bürositzung am 10.Oktober verschoben mit der Begründung, dass die Kommissionen und Berichterstatter bis dahin ihre Arbeitsergebnisse vorlegen könnten. Der englische Aussenminister wurde gebeten, das Büro über die Verhandlungen der Seemächte, auf deren Verlauf und Ergebnisse die Abrüstungskonferenz keinen Einfluss hat, auf dem Laufenden zu halten. In der öffentlichen Bürositzung erklärte Präsident Henderson, die Frage der Luftbombardements könne noch nicht beraten werden, da Deutschland an der Zivilluftfahrt ein grosses Interesse habe und die Entscheidung über Deutschlands Teilnahme noch offen stehe. Diese Aussprache müsse also auch wegen Deutschlands Fernbleiben verschoben werden. Inzwischen könne Berichterstatter Madariaga bis zur Oktobersitzung des Büros seinen Bericht ausarbeiten. Henderson teilte weiter mit, dass er mit Neurath eine Unterredung wegen Deutschlands weiterer Teilnahme gehabt habe. Er denke, in zwei Tagen eine

weitere Aussprache mit ihm zu haben. Ein Vorschlag Paul Boncours, den französischen Plan zur Internationalisierung der Zivilluftfahrt zusammen mit dem Berichterstatter Madariaga zu beraten, wurde angenommen.

Die weitere Entwicklung der Dinge hängt in erster Linie von den Verhandlungen ab, die in den nächsten Tagen zwischen Herriot, Neurath, Simon und Henderson stattfinden sollen.

SPD. Dresden, 26.September (Eig.Dr.)

Der sächsische Ministerpräsident wird am Dienstag von dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister empfangen. Die Besprechungen gelten vor allem einer finanziellen Hilfeleistung des Reiches für Sachsen. Ausserdem dürfte im Verlauf der Besprechungen die Frage der Reichsreform erörtert werden.

SPD. Im "nationalen" Lager wird der Krach und Spektakel täglich lauter und abstossender. Goebbels tobt und keift gegen Hugenberg, als wäre der Vater der Harzburger Front der leibhaftige Gottseibeiuns. Dabei merkt der kleine Gernegross nicht einmal, wie er eine der schönen und ehedem so zugkräftigen Nazilügen widerlegt und preisgibt. Es ist die Legende von dem grossen, reichen und geordneten Staat, den die "Novemberverbrecher" im Jahre 1918 übernommen haben sollen.

Jetzt bezeichnet dieser braune Maulheld die Barone aus dem Herrenklub und ihre Kaste, die Hugenberg, Seldte und Duesterberg als die alleinigen Zerstörer des grossen Reiches und als die allein Schuldigenam Zusammenbruch im November 1918. Ja, sie waren sogar "noch charakterloser", noch grössere Verbrecher als die "Novemberverbrecher", rief Goebbels am Sonnnag in einer Naziversammlung in Berlin, "nicht die Spur eines Widerstandes haben sie geleistet. Sie gaben 1918 das Feld ohne jeden Kampf preis." Als ob Herr Goebbels, Herr Frick und Herr Hitler damals und auch heute mutigere und tapfere Helden gewesen wären. Der eine, besagter Goebbels drückte damals noch die Schulbank und der andere,Herr Frick, spielte Heimkrieger und Pirmasens. Aber Goebbels kündet furchtbare Rache: gegen die "Nachtausgabe" des Herrn Hugenberg wird er vom 10.Oktober an mit seinem "Nachtangriff", also mit einer Nachtausgabe des Berliner Naziblattes zu Felde reiten. Als ob es in einem Naziblatt und Nazihirn nicht schon am Tage duster genug wäre!

Wenn derart die Speere sausen und die Spucknäpfe geleert werden, kann die Nazi-Abteilung der deutschen Barone und Grafen nicht fern bleiben. Neun solcher Hochgeborenen und Erlauchten aus der Nazifraktion des preussischen Landtags erlassen einen Aufruf mit dem Titel: "Der deutsche Adel für Adolf Hitler!" Wörtlich erklären diese Nazibarone (ohne Auwi!):

"Wir warnen unsere Kameraden und Mitkämpfer im Lande vor der verderblichen Ueberheblichkeit dieser gewissen Kreise, deren verhängnisvolle Kurzsichtigkeit und politische Schwäche den Zusammenbruch des stolzen Bismarckreiches zu verantworten hat. Wir klagen diese Menschenart in aller Oeffentlichkeit an, durch mangelnde politische Schulung die Widerstandskraft des Volkes gelähmt und durch seine eigene Dünkelhaftigkeit dem Ausbruch der marxistischen Pest Vorschub geleistet und körperlich wie geistig der jüdischen Bastardierung unserer Kultur das Tor geöffnet zu haben."

Heul Hitler und die nationale Front!

SPD. Genf, 26.September (Eig.Drahtb.)

Die Völkerbundsvollversammlung hat nach einer farblosen Antrittsrede des Präsidenten Politis fünf Kommissionen eingesetzt. Am Montag den13.Oktober werden anstelle von Polen, Jugoslawien und Guatemala drei neue nichtständige Ratsmitglieder gewählt werden. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, dass Argentinien, Honduras und Dominique keine Delegationen entsandt haben.

Aus geheimer Wahl gingen folgende sechs Vizepräsidenten der Vollversammlung hervor: Aloisi-Italien (44 Stimmen), Simon-England (42), Herriot-Frankreich (42), Neurath-Deutschland (42), Medina-Nicaragua (40), Naguoka-Japan (34). Motta-Schweiz und Hymans-Belgien wurden ehrenhalber zu Büromitgliedern berufen.

Am Dienstag-Nachmittag beginnt die Generaldebatte, zu der bisher nur wenige Redner gemeldet sind. Es verlautet, dass Aussenminister von Neurath nach Abschluss der General-Debatte, in die er kaum eingreifen dürfte, Genf wieder verlassen will.

SPD. In der Spinnstoffabrik Berlin-Zehlendorf ist der Abwehrkampf der Arbeiter gegen den auf Grund der Notverordnung angedrohten Lohnabbau erfolgreich beendet worden. Die Firma hat ihre Forderung, die Tariflöhne für die 31.bis 40.Arbeitsstunde um 40 % zu senken, wieder zurückgenommen. Die Arbeit, die bereits eingestellt war, wurde wieder aufgenommen.

Erfolgreich beendet ist auch der Abwehrstreik der Hilfsarbeiter in der Berliner Buchdruckerei Otto Elsner. Auch in diesem Streik handelt es sich um die Abwehr eines Lohnabbaus. Dieser sollte jedoch auf Grund eines verbindlichen Schiedsspruchs vorgenommen werden. Die Firma erklärte sich nunmehr bereit, durch Leistungszulagen den im Spruch vorgesehenen Lohnabbau wieder auszugleichen. Die Streiktage werden bezahlt. Massregelungen finden nicht statt.

In zwei kleineren Buchdruckereien, wo ein Lohnabbau auf Grund der Notverordnung angekündigt worden ist, haben die Firmen ebenfalls nachgegeben.

SPD. Breslau, 26.September (Eig.Dr.)

Die Streikbewegung in der Langenbielauer Textilindustrie greift weiter um sich. In den Fabriken Rengersdorf, Wüstegiersdorf und Tannhausen haben am Montag die Belegschaften aus Protest gegen die Lohnabbauforderungen der Werksleitungen die Arbeit niedergelegt. Damit erhöht sich die Zahl der Streikenden um rund 1000 Mann. An eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken des Meyer-Kaufmann-Konzerns, dessen Betriebe nach dem Uebergreifen des Streiks auf die genannten Werke jetzt ausnahmslos stilliegen, ist angesichts des offenkundigen Tarifbruchs der Firma nicht zu denken.

SPD. Stuttgart, 26.September (Eig.Dr.)

Zum Staatskommissar beim Süddeutschen Rundfunk ist vom württembergischen Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsministerium des Innern und mit dem badischen Staatsministerium der Vorsitzende der württembergischen staatlichen Pressestelle, Oberregierungsrat Voegele, ernannt worden.

Voegele gehört zu den führenden Persönlichkeiten in der württembergischen Zentrumspartei. Er war, bevor er in den Staatsdienst übertrat, Redakteur eines Organs seiner Partei im württembergischen Oberland.

Aus aller Welt

Ererbtes Schicksal.

Kartothek der Generationen - 90 000 Personen bereits registriert - Das Werk eines Dresdener Hygieneprofessors.

SPD."Nummer 1, ein 23-jähriges Mädchen, beabsichtigt Nummer 9 zu heiraten. Sie leidet ebenso wie Nr. 2, 3, 4, 5, 8 an Kropf, wobei Nr.3 und 5 Basedow hatten. Nr.6 und 7 leiden an Schizophrenie, Nr. 4 ist ein Trinker. Der Verwandtenehe wurde widerraten."

Oder - nächster Fall: "Nummer 1, ein 32-jähriges Mädchen, fragt, ob sie trotz Zuckerkrankheit heiraten dürfe. Nummer 2, 3 und 4 sind zuckerkrank, Nr.4 ist in diabetischem Koma gestorben. Ueber Nr.5 ist nichts Sicheres bekannt. Es war nur zu erfahren, dass ihm vor dem Tode ein Fuss amputiert worden sei. Ehekonsons wurde verweigert."

Das wäre so die tägliche Praxis aus einem Teilgebiet jener Kartothek, die in ihren Blättern Familientragödien sammelt. Sie registriert Menschenschicksale, mehr noch: Schicksale ganzer Generationen, Geschehnisse, die unabwendbar hier und dort auf einem bestimmten Kreis von Menschen lasten. Sie registriert: Vererbung. Was in den hier wiedergegebenen Fällen mit Nummern bezeichnet wird - 1,2, 3, 4 usw.- das sind Menschen, Glieder des Stammbaumes, dessen gesamter biologischer Befund auf dem Karteiblatt niedergelegt wurde. 8 000 solcher Stammbäume mit insgesamt 90 000 Personen wurden bis jetzt registriert, von jeder Familie also durchschnittlich 11 Angehörige. Der Dresdner Hygieniker Professor Dr.Fetscher ist Gründer und Leiter dieser Kartothek, die er für das sächsische Justizministerium angelegt hat.

Den Zwecken der Justiz dient die Kartei in erster Linie. Ihre Feststellung, wie weit und womit die Familie des Angeklagten biologisch belastet ist, soll den Richter bei der Prozessführung unterstützen. An Hand dieser Feststellung vermag sie die Veranlagung des Verbrechers, den Umfang seiner ererbten Eigenschaften, einwandfrei nachzuweisen - die klare Scheidung herauszuarbeiten zwischen den Einflüssen der Umwelt und der Macht der von Vorvätern übernommenen Triebe. Ihre Arbeiten sind bis jetzt soweit gediehen, dass sie bei 2% der zur Verhandlung kommenden Strafprozesse dem Gericht ein vollständiges erbbiologisches Bild des Angeklagten vorlegen konnte.

Darüber hinaus beeinflusst die Kartei nach abgeschlossenem Strafverfahren auch den Strafvollzug. Von vornherein muss berücksichtigt werden, dass die Verschiedenheit der Erbanlagen unter den Kriminellen auch erhebliche Unterschiede in ihrer Erziehbarkeit bedingt. Verbrecher von nur schwacher, einseitiger erblicher Belastung werden leichter erziehbar sein als etwa solche, deren Ahnenreihe eine einzige Kette biologischer Entartungen darstellt. Deshalb bemüht man sich, den Strafvollzug entsprechend dem biologischen Befund zu gestalten. Und schliesslich dient die Kartei dazu, die sicher wertvollste Arbeit der Kriminalwissenschaft zu fördern, nämlich vorzubeugen - zu überwachen, wo auf Grund der biologischen Belastung ein Mensch besonders gefährdet erscheint - und ihn vor dem ersten kriminellen Schritt zu bewahren.

Um diesen vielfachen Ansprüchen gerecht zu werden, enthält die Kartei über die registrierten Familien und Persönlichkeiten nicht bloss eine Aufzählung "nacker Tatsachen", eine Sammlung medizinischer Schlagworte, sondern ein nach vielen Seiten hin ausgeführtes, abgerundetes Bild, das noch die winzigsten erfassbaren Merkmale berücksichtigt. Zunächst gehen die Personal-

daten, die der Untersuchte selbst von seiner Familie angibt, zur Prüfung und Ergänzung an sämtliche Behörden und Institutionen, die hierzu etwas aussagen können: polizeiliche Meldeämter, Gerichte, Gemeindeverwaltungen, Krankenhäuser, Wohlfahrtsstellen, Schulen usw. Gestützt auf deren Angaben und Akten entsteht ein Gerüst aus wichtigen Daten - eine erste Skizze, die nun in bestimmter Reihenfolge durch persönliche Nachforschungen und ärztliche Untersuchungen ergänzt wird.

Fürsorgebeamte gewinnen durch Hausbesuche und Nachfragen beim Arbeitgeber, bei Kollegen und Nachbarn einen lebendigen Eindruck von der Lebensweise und den sozialen und familiären Verhältnissen des Untersuchten. Liegt diese Darstellung vor, so wird als zweites ein "Personalbericht" angefertigt, dessen Vordruck folgende Punkte enthält: "Vorgeschichte; Geistiger Befund; Phantasie; Willen; Verhaltungsweise (gegen sich selbst, gegen die Familie, gegen die Gemeinschaft, sexuelles Verhalten); Krankhafte Erscheinungen (körperliche und geistige)". Die Beschaffung von Schriftproben aus verschiedenen Lebensabschnitten des Untersuchten ergibt weiterhin wertvolle Erkenntnisse. Und schliesslich werden Körpermessungen vorgenommen.

Professor Fetscher gehört mit dieser Kartei längst nicht mehr zu den Aussenseitern. In bayerischen Strafanstalten werden kriminalbiologische Untersuchungen vorgenommen, für die am Zuchthaus Straubing eine Sammelstelle eingerichtet wurde, und kürzlich ist auch Preussen diesem Beispiel gefolgt und hat zunächst an neun Strafanstalten ebenfalls kriminalbiologische Forschungsstellen errichtet. Nur beschränken sich diese, wie schon ihr Name sagt, ausschliesslich auf die Untersuchung von Kriminellen, während die sächsische Kartei unter Leitung von Professor Fetscher darüber hinausgeht und weitere Kreise biologischer "Minusvarianten" erfasst: Fürsorgezöglinge, Trinker, sexuell Abgeartete, auch Taubstumme z.B. und ähnliche Gruppen. Professor Fetscher betrachtet nämlich seine Aufgabe hauptsächlich als eine sozialhygienische - die Kartei als Instrument zur Pflege der Volksgesundung, zur Ausmerzung biologischer Schäden im Volksganzen, also: zur "Aufartung". Dieser allmähliche Reinigungsprozess soll sich natürlich nicht nur auf die Kriminellen erstrecken. Und deshalb ist die Dresdner Kartei nicht allein der Rechtspflege bestimmt, sondern gleichzeitig einer "Ehe- und Sexualberatungsstelle", die die grösste des deutschen Sprachgebietes ist, und zu deren Leiter ebenfalls Professor Fetscher ernannt wurde. So gipfeln die Bestrebungen darin, "die Fortpflanzungsziffer zugunsten erbgesunder Elternpaare zu verschieben... die Fortpflanzung Erbkranker möglichst einzuschränken."

Es wird angestrebt, die bestehenden Karteien zu ergänzen, bis sie eine Aufnahme des "erbbiologischen Inventars" der gesamten Bevölkerung darstellen. Denkt man an die in vielen Teilen Deutschlands und auch vom Kaiser-Wilhelm-Institut in dieser Richtung geleisteten Vorarbeiten, dann erscheint diese Inventaraufnahme gar nicht mehr so fernliegend. Ihre Verwirklichung wäre eine der grössten Taten auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge.

G.B.

\+ \+ \+

"Das reinste Theater". Am Ende der Montag-Sitzung des Berliner "Röntgenstrasse"-Sondergerichts gegen die des gemeinsamen Totschlags und des Landfriedensbruchs beschuldigten 9 kommunistischen Arbeiter kam es zu einem spontanen Wutausbruch der Angeklagten. Als einige der beschuldigten Arbeiter über eine Zeugenaussage über die Vorgänge am 29. August lächelten, ermahnte sie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Tolk, zum Ernst: "Sie wissen doch, dass es um Ihren Kopf geht". Der nach verschiedenen Bekundungen zu unrecht belastete jugendliche Angeklagte Stert erwiderte spontan: "Das ist ja das reinste Theater hier!" Die anderen Angeklagten machten Zwischenrufe in dem gleichen Sinne; Kollosche beschwerte sich über die herausfor-

dernde Taktik der Nazi=Anwälte der Nebenkläger; Sterdt rief noch: "Mal reisst unsere Geduld auch!" Nur der aussergewöhnlich ruhig und sicher auftretende Hauptangeklagte Calm, den die Anklage der Rädelsführerschaft beschuldigt, hielt sich zurück.

Calm, ein ausgesprochen intellektueller Typ, zeigt auch sonst ausser=gewöhnlich viel Ueberlegenheit und Disziplin. Fragen an die Zeugen stellt er mit fast juristischer Genauigkeit. Dass dem Grad seiner Intelligenz auch seine moralische Makellosigkeit entspreche, hat übrigens der kaufmännische Betrieb, in dem Calm vor seiner Verhaftung tätig war, bestätigt: die Angestellten jenes Betriebes übermittelten ein in diesem Sinne befürwortendes Schreiben dem Gericht; die betreffende Firma selbst will Calm im Falle seiner Freisprechung wieder anstellen, falls er ihren Namen nicht nennt. Bezeichnend ist auch dies: als Calm bei seiner ersten Vernehmung gefragt wurde, warum er Kommunist sei, da er doch eine gute Stellung habe, antwortete der Angeklagte: "Weil ich nicht nur an mich, sondern auch an andere denke".

Eine Reihe kommunistischer Zeugen und auch ein sozialdemokratischer Zeuge sagten am Montag übereinstimmend aus, dass auf die durch die Röntgenstrasse marschierende kommunistische Gruppe von der Seite des Nazi=Lokals aus geschossen worden sei. Der Wirt des kommunistischen Lokals, bei dem sich vor dem verhängnisvollen Zusammenstoss die Mitglieder der Röntgenstaffel versammelt hatten, entlastete vor allem den Hauptangeklagten: Calm hätte stets vor dem Mitbringen von Waffen gewarnt. Der Wirt erzählte weiter, wie sein Lokal verschiedentlich von Nazis grundlos überfallen und beschossen worden wäre.

\+ + +

Autobuskatastrophe. Am Montag=Nachmittag ereignete sich bei Loren (in der Nähe von Amsterdam) ein schwerer Zusammenstoss zwischen einer Kleinbahn der Strecke Hilversum - Amsterdam und einem mit 35 Personen besetzten deutschen Autobus aus Bottrop. Von den Autoinsassen - durchweg Deutsche - wurden 2 getötet, 7 schwer und 14 leicht verletzt. Die Passagiere des Kleinbahnzuges kamen mit dem Schrecken davon. - Der herannahende Kleinbahnzug hatte Signale gegeben, die der Autobuschauffeur scheinbar nicht begriff; er fuhr weiter. Bei dem Zusammenprall sprang die Kleinbahn aus den Schienen. Der Autobus stürzte um; eine Seitenwand wurde vollständig abgerissen.

\+ + +

Zehn Jahre Zuchthaus! Das Schwurgericht des Landgerichts III Berlin verurteilte den 45jährigen Kaufmann und Leutnant a.D. Georg Heilmann aus Glatz wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hat im Januar dieses Jahres im Stadtpark Berlin=Lichtenberg seine frühere Freundin, die Stenotypistin Gertrud B. erschossen. Heilmann wollte das Gericht davon überzeugen, dass Gertrud B. Selbstmord begangen habe. Der Beweis hierfür gelang nicht. Der Staatsanwalt plädierte auf die Todesstrafe. Das Gericht hegte indes Zweifel, ob Heilmann die Tat, für die nur materielle Gründe massgebend waren, im Affekt oder aus voller Ueberlegung beging.

\+ + +

Ebert=Gedenkstein. In der im Berliner Norden gelegenen Wohnsiedlung "Friedrich Ebert" wurde in Anwesenheit der Witwe des verstorbenen ersten Reichspräsidenten, ein Friedrich Ebert=Gedenkschein feierlich enthüllt. Theodor Heuss hielt die Gedenkrede.

\+ + +

Leichenfund. Im Walde bei Seesen im Harz wurde von Pilzsammlern der Leichnahm der seit dem 29. Februar vermissten Lieselotte Hoffmeister aus Seesen gefunden. Das junge Mädchen ist von dem 51 Jahre alten Förster Winkel, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, erschossen worden - wie Winkel behauptet: aus Fahrlässigkeit. Der Täter wurde verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis Braunschweig überführt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Widersprüche.

Zum Streit über die Friedenspflicht.

SPD. Die scharfe Abwehr der Arbeiter gegen den durch die Notverordnung neu angekurbelten Lohnabbau hat Regierung und Arbeitgeber nervös gemacht. Der Reichsarbeitsminister beeilte sich daher, offen auf die Seite der Unternehmer zu treten und den Gewerkschaften zu sagen, dass die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrags als eine volle Erfüllung der tarifvertraglichen Verpflichtungen anzusehen sei. Die freien Gewerkschaften haben dem Minister geantwortet, dass sie anderer Auffassung sind.

Die Gewerkschaften haben in ihrer Auffassung Sinn und Konsequenz. Vom Reichsarbeitsminister und von den Arbeitgebern kann man das nicht behaupten. Ihre Haltung ist voller Widersprüche. In der neuesten Nummer der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, werden diese Widersprüche in einem instruktiven Aufsatz vom Clemens Nörpel kritisch beleuchtet.

Nörpel macht darauf aufmerksam, dass wohl schon frühere Regierungen Aenderungen in der Vertragserfüllung vorgenommen haben, niemals aber sei der Grundsatz der Vertragstreue, der Friedens- und Durchführungspflicht angetastet worden. Das habe aber jetzt die Reichsregierung getan. Sie habe damit den Tarifverträgen die Rechtsgrundlage genommen und der Rechtsunsicherheit Tür und Tor geöffnet.

Wiederholt hat die Reichsregierung auch in der Begründung zu den Notverordnungen, erklären lassen, das Schwergewicht bei dem Abschluss der Tarifverträge müsse bei den Tarifparteien selbst liegen. Diese sollten freiwillig zu tariflichen Vereinigungen kommen. Die Gewerkschaften, betont Nörpel, stimmten mit dieser Grundeinstellung vollkommen überein, aber die nunmehr vorgenommenen Einbrüche in die Unabdingbarkeit passten dazu absolut nicht. Die Gewerkschaften könnten daher die Kritik von Professor Dr. Hoeniger über die Auflockerung des Arbeitsrechts nur unterstreichen. Dr. Hoeniger sagt: "Wo sollen die Parteien selbst wirkli h verantwortungsvolle Tarifverträge schliessen, wenn ohne, ja gegen ihren Willen der Tarif durch Staatseingriff aufgelockert werden kann?"

Gegen die Tarifaufbckerung durch Staatseingriff, gegen den damit erzielten neuen Lohnabbau haben die Arbeitgeber nichts einzuwenden. Die staatliche Lohnregelung passt ihnen nur da, wo der Schlichter unter Umständen ihnen in den Topf gucken kann. Sie wollen nichts davon wissen, dass die Schlichtungsbürokratie etwa Einblick in die Geschäftslage nimmt. Gegen den Staatseingriff hat man nichts einzuwenden, wenn und wo er sich gegen die Arbeiterschaft richtet.

Nörpel macht auf den Ruhreisenkampf vom Herbst des Jahres 1928 aufmerksam. Es war damals ein Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe der Eisenindustrie gefällt worden, der einen Eingriff in den laufenden Manteltarifvertrag enthielt. Das Landesarbeitsgericht hatte diesen Eingriff anerkannt. Das Reichsarbeitsgericht dagegen ist der Auffassung, wonach in laufende Verträge behördlicherseits eingegriffen werden könne, mit folgender

Begründung entgegengetreten:

"Das würde zu einer Unterhöhlung der Vertragstreue, einer Lockerung des Grundsatzes, dass Verträge zu wahren sind, führen und den auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Verträgen ihren eigentlichen Wert nehmen, also zum Gegenteil dessen führen, was im Interesse der Wahrung des Arbeitsfriedens wünschenswert ist."

Dieselbe Auffassung vertrat auch der Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr.Erdmann. Er schrieb damals zu dem Einbruch in laufende Verträge, "dass dies rechtspolitisch eine Durchbrechung der das gesamte Vertragsrecht beherrschenden Grundsätze über Vertragstreue und Vertragssicherheit bedeute und infolgedessen eine Rechtsanschauung verkörpere, die wirtschaftlich und für die Fundamente jeder Rechtssicherheit von den weitest reichenden Folgen sein würde."

Wie werden sich nun Reichsarbeitsgericht und Arbeitgebervertreter zu den jetzt von der Reichsregierung vorgenommenen Eingriffen in die Vertragstreue stellen? Unmöglich, erklärt Nörpel, ist es nicht, dass sich nunmehr Arbeitnehmersyndizi allgemein mit den gegen die Arbeiter gerichteten Eingriffen in die Unabdingbarkeit und damit in die Vertragstreue abfinden, dass sie aber, soweit die Arbeitgeber diese Eingriffe vornehmen, sicherlich eingehend zu begründen versuchen, dass von den Arbeitern und den Gewerkschaften natürlich die Vertragstreue, die Friedens- und Durchführungspflicht gewahrt werden müsse. Diese voraussehbare Wandlung wäre dann ebenso charakteristisch wie die künftige Einstellung der Reichsregierung und der Arbeitgeber zum Schlichtungswesen. An einem aber nur gegen die Arbeiter gerichteten Schlichtungswesen haben auch die Gewerkschaften kein Interesse, doch ist es nicht unmöglich, dass aus demselben Grund Reichsregierung und Arbeitgeber wieder ein Interesse am Schlichtungswesen bekommen.

Die Arbeitgeber wollen, was längst klar war, nur Ellenbogenfreiheit für sich. Die "freie Lohngestaltung", die die Arbeitgeber fordern, soll immer nur für den Fall gelten, wenn etwa zu Gunsten der Arbeiter in die Löhne eingegriffen wird. Behördliche Massnahmen, sei es durch das Schlichtungswesen oder durch Notverordnungen zur Lohnerhöhung sollen unzulässig sein. Mit dem Gegenteil, bemerkt Nörpel sarkastisch, finden sich die Arbeitgeber "grundsätzlich" ab.

SPD. Die Belegschaft der braunschweigischen Optischen Fabrik Voigtländer & Sohn Aktiengesellschaft erreichte durch die Ankündigung der Arbeitsniederlegung, dass die Firma auf die Durchführung eines 50prozentigen Lohnabbaus für die 31. bis 40.Arbeitsstunde verzichtet hat. Der bereits ausgesprochene Streikbeschluss wurde zurückgezogen.

Die Kommunisten waren der Betriebsvertretung und den Gewerkschaften in den Rücken gefallen und hatten eine Zersplitterung der Kampffront versucht. Sie hatten kein Glück. Die Belegschaft liess sie glatt abfallen.

SPD. Auch Sachsen ist zum "Rollsystem" übergegangen. Nach einer Verordnung der sächsischen Staatsregierung soll das letzte Drittel der für den Monat September bestimmten Dienstbezüge der Beamten und Angestellten des Staates nicht am 21.September, sondern am 24.September 1932, sowie das erste Drittel der für Oktober bestimmten Dienstbezüge der Beamten und derjenigen Angestellten des Staates, die ihre Bezüge bestimmungsgemäss halbmonatlich im voraus erhalten, nicht am 1.Oktober, sondern am 4.Oktober 1932 gezahlt werden. Das Gleiche trifft auf die erste Hälfte der für Oktober bestimmten

Versorgungsbezüge aus der Staatskasse zu. Weiter wird in der Verordnung gesagt, dass über die weiteren Zahlungstage noch Bestimmung getroffen wird.

Damit ist also nun in Sachsen genau dieselbe Regelung für den Zahlungsmodus getroffen wie in Oldenburg. Man will die Zahlungstermine allmählich hinausschieben, um so mit einem Drittel der fälligen Monatsgehälter in das neue Etatjahr zu kommen. Dadurch wird zwar das laufende Etatjahr des sächsischen Staates um eine bedeutende Summe entlastet, aber auf Kosten der Beamten, Angestellten und Pensionäre, die an und für sich schon schwer genug zu kämpfen haben.

In Hessen ist man von diesem Finanzkunststück, das im Herbst 1931 zum ersten Male praktiziert wurde, wieder abgekommen. In Baden hat es in etwas modifizierter Form, Auferstehung gefeiert und 1932 ist es ausserdem in Hamburg, Lübeck, Bremen und Oldenburg durch Notverordnung Gesetz geworden. Thüringen hat nach erstmaliger Einführung des Rollsystems im September 1932, auf den geschlossenen Einspruch der Beamtenorganisationen hin, durch einen Staatsministerialbeschluss die Fortführung der Aktion eingestellt.

SPD. Der Soziale Dienst für Arbeitshilfe der Provinz Brandenburg-Grenzmark hielt dieser Tage im Berliner Gewerkschaftshaus eine Tagung ab, die lehrreichen Einblick in die Praxis des freiwilligen Arbeitsdienstes gab. Der Soziale Dienst ist in vielen Fällen bei grösseren Projekten Träger des FAD geworden. Er verfügt daher über Erfahrungen, die zur Förderung der arbeitslosen Jugendlichen nutzbar gemacht werden müssen.

In der Besprechung mit den Lagerführern berichtete Otto Lück, der Vorsitzende des Landesausschusses, über die organisatorische Entwicklung des Sozialen Dienstes und die Gestaltung der eigenen Arbeitsdienstmassnahmen. Wenn auch in den meisten Fällen noch die Form des sogenannten offenen Arbeitslagers bestehe, so müsse das Ziel doch in der Errichtung geschlossener Lager liegen, da nur so die sozialpädagogische Betreuung der Jugendlichen restlos durchzuführen sei. Von grösster Wichtigkeit sei die Art, wie die verbleibende Freizeit der Arbeitsdienstwilligen ausgefüllt werde. Geistige Arbeit müsse die körperliche sinnvoll ergänzen, damit den Jugendlichen durch das Lager das gegeben werde, was Strasse und zum Teil auch Elternhaus nicht geben könnten: Freude am eigenen Schaffen, neuen Mut zu frischem Kampf mit allen niederdrückenden Gewalten! Alles überflüssige Beiwerk sei abzulehnen. Sinnvolle, zweckmässige und gemeinnützige Arbeit müssten die Seele des ganzen sein. Die bisher vom Sozialen Dienst gesammelten Erfahrungen hätten bereits den Beweis geliefert, dass er mit seiner Methode, dem Leben eines Jugendlichen wieder einen lebenswerten Inhalt zu geben, auf dem richtigen Wege sei.

Die Aussprache, in der die einzelnen Lagerführer Bericht erstatten, bestätigte die Auffassung Lücks. Die ersten Schwierigkeiten, so wurde übereinstimmend hervorgehoben, seien jetzt fast überwunden. Besondere Erwähnung verdienen die Hinweise auf die Bedeutung der ärztlichen Betreuung der im FAD beschäftigten Jugendlichen. Für eine regelmässige ärztliche Untersuchung müsse in allen Lagern Sorge getragen werden.

In der Beratung der Geschäftsführer wurde die Anregung, die Arbeitswilligen zwischen den einzelnen Lagern des Sozialen Dienstes auszutauschen, mit Beifall aufgenommen.

Wirtschaft Technik Handel

Kontingentierung und Zinssenkung.

SPD. Man hat in den letzten Tagen immer wieder gehofft, dass es in der Kontingentierungsfrage zu einem Kompromiss zwischen der Landwirtschaft und der Industrie kommen würde. In den Sachverständigenberatungen, die bis Ende der verflossenen Woche bei der Reichsregierung stattfanden, ist auch um die einzelnen Posten hart gekämpft worden. Diesen Kampf hat die Industrie jedoch verloren. Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die die industriellen Interessen bei den Verhandlungen wahrnahmen, verliessen die Verhandlungen mit dem Gefühl, dass hier Hopfen und Malz verloren ist.

An der Niederlage der Industrie ändert die Tatsache nichts, dass man einige landwirtschaftliche Einfuhrwaren, die früher in der Kontingentierungsliste genannt worden waren, weggelassen hat. Dahin gehören vor allem Häute und Felle. Auch hier wollte man kontingentieren, obwohl die deutsche Landwirtschaft den Bedarf an brauchbaren Häuten nicht decken kann und obwohl die nach Deutschland eingeführten Häute und Felle nach ihrer Verarbeitung in deutschen Fabriken wieder als Industrieexport nach dem Auslande gehen. Gestrichen sind in der Kontingentierungsliste auch Eier und Geflügel. Bei den Südfrüchten sind Einschränkungen gemacht worden, wahrscheinlich eine verbindliche Geste gegenüber Italien, von dem man annimmt, es werde in der Rüstungsdebatte Stunk machen, sofern man die Kontingentierung allzu scharf gegen Italien handhabt. Wie wenig man sich von sachlichen Ueberlegungen leiten liess, beweist, dass man die Tomaten der Kontingentierung unterworfen hat. Nun hat es dieses Jahr, wenigstens in den Grosstädten, einen Ueberschuss an Tomaten, eine sogenannte Tomatenschwemme gegeben. Man hat dem Erzeuger z.B. in Berlin für einen Zentner Tomaten eine Mark bezahlt, trotzdem der Verbraucher für ein Pfund Tomaten im besten Falle 5 Pfennig, im Durchschnitt aber 7 und sogar bis 15 Pfennig zahlen musste. Die Fülle von Tomaten beruhte keineswegs auf ausländischen Zufuhren. In einem Streit, in dem die nationalsozialistischen Berater des Reichsverbandes der Gartenbaubetriebe behaupteten, in Berlin würden täglich 15 Waggons ausländische Tomaten abgeladen, wurde festgestellt, dass in der fraglichen Zeit überhaupt keine ausländischen Tomaten nach Berlin gebracht wurden. Die Tomatenschwemme in den deutschen Grosstädten hat ganz andere Ursachen - zum kleinsten Teil überhöhter Anbau in den einzelnen Bezirken, zum grösseren Teil ungenügende Organisation in der Tomatenverfrachtung und allzu hohe Bahnfrachten - als die ausländische Einfuhr. Hilft alles nichts. Man will durch Kontingentierung Uebel bekämpfen, wo sie nicht sind.

Hat man auch einzelne Artikel in der Kontingentierungsliste verschwinden lassen, so hat man andere Waren erfasst, von denen man annahm, sie würden der Kontingentierung entgehen. Dahin gehören Schnittholz und Papierholz, die etwa 60 % unserer Holzeinfuhr ausmachen. Betroffen werden hier Oesterreich, Russland, die nordischen Länder und die Randgebiete und wir können uns darauf verlassen, dass die in Frage kommenden Staaten die Benachteiligung durch die deutsche Kontingentierung nicht so ohne weiteres hinnehmen werden. Durch die Kontingentierung von Frühgemüse stossen wir vor allem Holland

und Frankreich vor den Kopf. Die vorgesehene Käsekontingentierung trifft Holland, Finnland und Schweden. Und so gehen die Dinge weiter. Wir haben schon bei der Butterkontingentierung gesehen,wie sich Länder,denen gegenüber Deutschland eine aktive Handelsbilanz hat, zu wehren wissen. Jetzt wird das Theater,das wir mit der Butterkontingentierung erlebten,bei Dutzenden von andern Waren wiederholt. Wir können also noch blaue Wunder erleben.

Die Regierung ist in ihren Mitteilungen über ihre Kontingentierungsprojekte sehr zurückhaltend. Man weiss nicht,wie hoch die Kontingentierungen festgesetzt sind. Man weiss auch nicht, ob es sich schon um eine endgültige und unabänderliche Festsetzung handelt oder ob mit den betroffenen Staaten noch verhandelt werden soll. Der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun ist über diese wichtigen Dinge in München mit einem mehr als unklaren Satz hinweggegangen, in dem eigentlich nur steht,dass "bestimmte Kontingentsätze" bereits "festgelegt" sind. Im Reichsverband der deutschen Industrie nimmt man jedoch an, dass in jedem Fall noch verhandelt werden muss. Ob sich aber der Reichsverband auch in dieser Einstellung nicht eine Niederlage holt, wie in der ganzen Kontingentierungsfrage überhaupt,steht keineswegs fest.

Im übrigen liegen aus dem Auslande Stimmen vor (Wir verweisen auf unsern holländischen Bericht im Wirtschaftsteil.Red.),wonach die Verhandlungen sehr interessant werden können. Bei dieser Gelegenheit muss man sich mit der Art und Weise beschäftigen,wie der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun die Bedeutung des Industrieexports in seiner Münchener Rede abtut. Dass die deutsche Warenausfuhr von rund 11 Milliarden während der Hochkonjunktur in der schlimmsten Krise auf 6 Milliarden zurückgegangen ist, dürfte natürlich zu verstehen sein. Dafür haben wir auch in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drosselt man den Industrieecport weiter ab, dann werden es bald mehr sein. Die ganze Kontingentierungsgeschichte richtet sich z.B. gegen Holland und Dänemark. Hier werden wir vor üblen Ueberraschungen stehen, wenn wir bedenken, dass allein diese beiden Länder rund 1 Milliarde Mark an deutschen Industriewaren aufnehmen. Betrachtet man die Kontingentierung von diesem Gesichtswinkel,dann muss man schon sagen, dass sie schlimmer ausgefallen ist, als die schwärzesten Pessimisten angenommen haben.

Auch in der Zinssenkungsfrage haben sich die Forderungen der Landwirtschaft soweit durchgesetzt,wie das überhaupt möglich war, Die Regelung bringt für den Steuerzahler die Ueberraschung,dass das Reich im laufenden Jahr allein 140 Millionen Mark aus Steuergroschen zur Verfügung stellen muss. Für die beiden Jahre ergibt sich eine Reichsleistung in Höhe von 180 Millionen Mark. Das sind Leistungen, die in bar entrichtet werden sollen, und wir sind neugierig, wie sich die Reichsregierung die Erfüllung der von ihr eingegangenen neuen Verpflichtungen vorstellt. Nimmt man dazu noch die 200 Millionen Mark, die aus Reichsmitteln über die Preussenkasse der Landwirtschaft zugeschanzt werden, dann kostet die Aktion allein dem Reiche die runde Summe von 400 Millionen Mark.

SPD. Ueber die Auswirkungen der deutschen Kontingentierung in Holland schreibt uns unser Amsterdamer Mitarbeiter:

Das Niederländische Zentralmarktbureau ist von verschiedenen Gartenbauverbänden um Einleitung einer Boykottaktion gegen Deutschland ersucht worden. Nachdem die niederländische Landwirtschaft in eine immer schwierigere Lage geraten ist, sind die Gartenbauer nicht mehr imstande,den deutschen Schwierigkeiten in der bisherigen entgegenkommenden Weise Rechnung zu tragen.Von

irgendwelchem Entgegenkommen von deutscher Seite ist,wie der Vorsitzende des genannten Bureaus erklärt, bisher nicht die Rede.

Ein Boykott wird indessen nicht einseitig erfolgen; man will erst das Ergebnis der Unterhandlungen,die mit Deutschland geführt werden müssen, abwarten; ein Boykott, der vom Niederländischen Abwehrkomitee zentral geleitet werden müsste, ist erst als letzter Schritt in Aussicht genommen. Diese Unterhandlungen betreffen den niederländisch=deutschen Zoll= und Kreditvertrag, der Ende dieses Jahres abläuft. Da die deutschen Agrarier die niederländische Ausfuhr nach Deutschland völlig unterbinden wollen,was bei einer Kontingentierung in Verbindung mit den hohen Schutzzöllen der Fall sein würde, sind sowohl diese Unterhandlungen wie der drohende Boykott ein schwerwiegendes Druckmittel für Niederland, das man in Deutschland nicht unterschätzen sollte.

Die in Deutschland vertretene Auffassung,dass der deutsche Gartenbau zur Versorgung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit in der Lage sei, wird in allen interessierten niederländischen Kreisen entschieden bestritten. Man weist auf die heutige Unterkonsumption in Deutschland durch den Verbrauchsrückgang hin und leitet daraus nicht zu Unrecht ab,dass die deutschen Gartenbauer nur scheinbar den anormal verringerten Marktansprüchen zu genügen vermöchten,während ihre Produktion in normalen Zeiten bei weitem nicht hinreichend sein würde.

Das Niederländische Zentralmarktbureau appelliert daher an die deutschen Hansastädte und die deutsche Industriebevölkerung, die ein Interesse daran haben müssten,sich den agrarischen Ansprüchen energisch zu widersetzen. Man solle sich in Deutschland klar darüber sein,dass die jetzt den Boykott Deutschlands fordernden Wirtschaftsgruppen ebenfalls nichts mehr zu verlieren hätten. Es handle sich um eine spontane Strömung, nicht um eine künstliche Stimmungsmache, und die deutschen Massnahmen trügen die Schuld daran!

SPD. Die Entlastung bei der Reichsbank beträgt in der 3.Septemberwoche rund 186,8 Millionen Mark, womit der an die Wirtschaft gewährte Kredit auf 3 154,6 Millionen Mark fiel. Der Wechselkredit ist um 168,9 Millionen Mark auf 2 678,7 Millionen Mark zurückgegangen. Die Währungsreserve erhöhte sich um 2,1 Millionen Mark auf 927,8 Millionen. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen betrug 26,5 Prozent gegenüber 25,7 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Die Südfilm A.G. hat am Montag ihre Zahlungen eingestellt. Das Unternehmen gehörte früher zum Interessenkreis der Emelka und nahm im Verleihgeschäft gegenüber der Hugenbergschen Ufa eine wichtige Schlüsselstellung ein, hatte auch engere Beziehungen zur Tobis. Eine Ausschaltung der Südfilm A.G. würde nicht nur eine Machtstärkung Hugensbergs bedeuten,sondern auch eine Schädigung des Absatzmarktes für die Tobis. Wohl aus diesen Ueberlegungen heraus hat sich die Tobis entschlossen,ein neues Verleihinstitut unter dem Namen "Europa=Film Verleih" aufzubauen.

Stützungskäufe.

(Berliner Getreidebörse vom 26.September)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Montag weiter sehr ruhig. Das Weizenangebot war klein; jedoch machte sich zum Teil eine lebhaftere Nachfrage bemerkbar, sodass die Kurse für prompte Ware um 2.-Mark heraufgesetzt werden konnten. Am Markte der Zeitgeschäfte zogen nur einzelne Monate um ½ Mark an,während die übrigen Sichten unverändert blieben. In Roggen konnte sich kein Geschäft entwickeln. Dabei ist das Angebot etwas grösser geworden,sodass wieder Stützungskäufe vorgenommen werden mussten. Trotzdem wurde der Kurs für Promptmaterial um 1.-Mark herabgesetzt, während sich am Markte der Zeitgeschäfte teilweise ganz leichte Preissteigerungen bemerkbar machten. Die Leblosigkeit des Geschäfts hatte wieder ihren Ausgangspunkt vom Mehlmarkt, der ausserordentlich still blieb. Die Forderungen der Mühlen waren im allgemeinen unverändert. Für Roggenmehl sogar zum Teil etwas nachgiebig. Hafer hatte sehr ruhiges Geschäft. Bei ausreichendem Angebot hielt sich die Nachfrage des Konsums in engen Grenzen.

	24.9.	26.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	212 - 214
Roggen	160 - 162	159 - 161
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter= und Industriegerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 -141
Weizenmehl	25,25 - 29,75	25,50 - 29,75
Roggenmehl	21,00 - 23,40	21,00 - 23,40
Weizenkleie	9,70 - 10,10	9,70 - 10,10
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 223 (Vortag 223), Oktober 221½ (221), Dezember 222½ (222), März 225¾ (225¾), Roggen September 171¾)171½), Oktober 171 (171), Dezember 172½ - 172¾ (172),März 174¼ (173¾) Hafer September 147½ (-), Dezember - (143¾).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 26.September). A.Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 g 9,25, über 60 gr 8,75, über 53 g 8,25, über 48 g 7,75; frische Eier über 53 g 7,75; aussortierte kleine und Schmutzeier 6. B.Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 8,75, 17er 8,25, 15½-16er 7,75, leichtere 7,25; Estländer 17er 8, 15½-16er 7,50;Rumänen 6 - 6,50;Ungarn 6,25 - 6,50, Jugoslawen 6,25 - 6,50, Russen normale 5,75 - 6,25, Polen normale 5,75 - 6,25, kleine, Mittel= und Schmutzeier 5,50 - 6. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Tendenz: Ruhig.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 26.Sept.1932.

Ein alter Weber.[x]

SPD. Sonst stand das kleine Haus hoch oben an der Berglehne einsam und verlassen; nur das gleichmässige Geräusch des Webstuhls fiel weit hinunter ins Tal.... rumblaplum ... rumblaplum ... rumblaplum. Manchmal sass Hedel, die Urenkelin, auf der hohen Schwelle und spielte mit einer Puppe, die keine Augen und keine Haare mehr hatte.

Heute gingen schweigsame Leute in schwarzen, schweren Kleidern über die Schwelle. Vorsichtig machten sie einen grossen Schritt. Die Männer nahmen dabei den Hut ab. Hedel durfte nicht mit der Puppe spielen, sondern sass ängstlich neben der Grossmutter auf einer Bank. Sie kannte alle, die sich in die enge Stube drängten. Ein paarmal wollte sie sprechen, aber die Grossmutter stiess sie leise an: stille sein!

Ich kam in ihre Nähe und hätte sie fast gar nicht erkannt in ihrem hochgeschlossenen, schwarzen Kleidchen. Sie lächelte, als sie mich gewahr wurde. Fast gleichzeitig sahen wir auf den Toten, dessen hageres Gesicht aus der weissen Staffierung des Sarges ragte; seine Hände lagen, ungewöhnlich gefaltet, über der in weissem Leinen versunkenen Brust.

Soviel schönes, weisses Leinen....

Der Weber August Kahlert war also tot. Und die Hände, die noch klein und unbeholfen vor langen Jahrzehnten auf Geheiss der Mutter Faden auf Faden geordnet hatten und später tausend- und abertausendmal prüfend über die Leinwand geglitten waren, diese im ewigen Werkeln verwelkten Hände waren auch tot. Dass sein Gesicht sterben könne, daran dachte ich, so oft ich hinter den schlechten Brillengläsern seine halb erloschenen Augen sah, wie sie das ruhelose Schiffchen müde verfolgten; aber dass die Hände ineinander gefaltet so lange still halten würden, hätte ich nicht geglaubt. Ein Widerspruch.

Der alte Kahlert August schlief zeitlebens über keinen schneeigen Leinentüchern, wie sie überall flockiges Federgewimmel umspannen. Das rot und blau gestreifte Zeug in seiner Kammer roch dumpfig wie der Strohsack, der ihn in aller Herrgottsfrühe abwarf. Das weisse Leinen ging hinein nach der Stadt, wo ein paar Kaufleute durchaus noch Handgewebtes verhandeln wollten. Für besondere Kunden. Eigentlich bekamen sie Leinwand aus der Weberei viel billiger, aber sie wollten doch so alter, guter Bekanntschaft nicht untreu werden. Das sagten sie dem Kahlert und vergassen regelmässig, von dem höheren Preise zu sprechen, den sie für Handgewebtes einforderten. Kahlert August lächelte dazu; er glaubte an die Worte, die unten in der Stadt gesprochen wurden, wie er an den Herrgott glaubte, der die drei Linden vor seinem Hause so schön wachsen liess. Alle Dörfler waren übrigens stolz auf die mächtigen Bäume. Nicht einmal der Blitz wagte sich an sie heran, obgleich alle Sommer ein Dutzend schwere Gewitter über das kleine Eugengebirgsdorf hin knatterten.

Jedesmal, wenn Kahlert aus der Stadt kam, erzählte er, was da wieder Neues gebaut wurde, und wie die Kaufleute ihre Läden vergrösserten, wie alles feiner würde und die Strassen immer lauter würden. Er sah die neue Zeit noch mit dem wachen Verstande des alten Rebellen, und wenn wir im Gespräch auf Vergangenes kamen, so erzählte er von der "Weber"-Dichtung des Salzbrunners, wie richtig die geschrieben sei, und wie die Leute darüber geschimpft hätten, früher. "Se hoan äben nie gewusst, wie mer gelabt hoan. Wie de Tiere hoan mer missa schufta, lieber Härr! Oaber jitze, jitz gieht's 'n salber oan a Kroaga

jitz sahn se's wull ei!"

Er sagte das ganz ruhig, ohne mit der Hand auf den Tisch zu schlagen, wie man wohl hätte erwarten können. Nur blieb er darauf eine ganze Weile still, ehe er sich langsam erhob und an den Webstuhl ging....rum - bla - plum - ... rum - bla - plum ... rumblaplum ... plum ... plum - -

Dominus vobiscum... Der Pfarrer sprengte aus silbernem Gefäss Wasser gegen den Sarg, und mit dem Herdrauch vermengten sich kleine Weihrauchwölkchen zu grauem Dunste. Vier Männer hoben einen reich verzierten Sargdeckel vom Boden und verdeckten die stumme Anklage eines wächsernen Gesichts. Für einen Augenblick stockte ihre Geschäftigkeit, als sie das weisse Leinen unter den Deckel zurück schlugen; - da sah ich noch einmal die Hände....

Als einer der Letzten verliess ich, dem Zuge folgend, das Haus. Ich wandt mich um und sah hinter einem Vorhang von Rauch und Sonne den Webstuhl in der Ecke. Da erst wurde mir richtig bewusst, dass der Weber August Kahlert gestorben war.

O.F.Heinrich.

Wo Bartel den Most holt.[x]

Einer alten Sage nacherzählt.

SPD. Im Dorfwirtshause sass man beisammen, und der kluge Bergmüller, der weitum das beste Mehl mahlt, erzählte allerlei gescheite Dinge. Wie er wieder zur Stärkung nach dem langen Erzählen einen kräftigen Schluck nahm, meinte sein Nachbar, ein Winzer: "Der Bergmüller, mein' ich, weiss auch, wo Bartel den Most holt!" Da gab's nun ein Hin und Her, weshalb man denn diese Redensart gebrauche. Der Winzer aber sagte, das könne er wohl erzählen; das sei eine alte Geschichte unter den Winzern und habe sich so zugetragen:

Am Rhein war vor vielen Jahren ein kleines Dorf, dessen Bauern alle gar fleissige Winzer waren. Alle Jahre, wenn der Most gekeltert war, kamen sie im Dorfkrug zusammen und prüften, wer wohl den besten Most habe. Und jedesmal war der Most vom Bauer Bartel der beste. Darob hat Bartel gar viel Ansehen gehabt, und wer einen guten Most oder Wein wollte, der ging zum Bartel. Davon ist Bartel recht wohlhabend geworden.

Des Bartel Vetter aber, der Johann, war ihm gar neidisch, und er fragte, woher denn der gute Most komme, den keiner so zustande bringe. Da sagte der Bartel: "Must meine Mütze fragen!" Und alle lachten, weil sie meinten, das wäre ein Scherz. Es war aber keiner. Und mit der Mütze hat es folgende Bewandtnis gehabt.

Einmal kam der Bartel von einem Nachbardorf zurück und war unterwegs gar arg müde geworden. Da hat er sich hingelegt, um ein bisschen zu rasten, und ist darüber eingeschlagen. Es war aber gerade an jenem Hügel, von dem die Leut sagen, dass es dort Nachts spuke. Mit dem Spuken war es aber so, dass in dem Hügel die Weinmännlein hausen, die dafür sorgen, dass es immer guten Wein gibt, und dass das Wurzelwerk an den Reben immer schön in Ordnung ist. Nachts öffnen sie ihren Hügel nach der Seite, wo der Mond scheint, kommen heraus und tanzen und singen. So geschah es auch, während der Bartel schlief. Sie krabbelten auf ihm herum und liessen sich garnicht stören in ihrem putzigen Tun. Der Bartel aber hatte einen schönen Traum und machte dabei eine Bewegung mit dem Arm. Dadurch fiel ihm die Mütze vom Kopf und gerade auf ein Weinmännlein. Im gleichen Augenblick war es aber 1 Uhr geworden. Das ist die Stunde, in der die Weinmännlein wieder in den Berg müssen. Sie verschwanden auch alle; nur das eine Männlein blieb unter der Mütze gefangen; es war nämlich nicht grösser als ein Daumen. Als der Bartel aufwachte und seine Mütze zur Hand nahm merkte er, dass etwas darin war. Das Weinmännlein flehte, der Bartel möge ihm doch nichts tun, und Bartel setzte es behutsam auf die Erde und sagte, er

werde ihm gewiss nichts zuleide tun. Da war das Weinmännlein gar froh und sagte dem Bartel, zum Dank dafür solle er auch alle Jahre den besten Most haben. Am Tage vor der Mostprobe solle er nach dem Hügel kommen, mit der Mütze dagegen schlagen und rufen:

Weinmännlein
Fein und klein
An dem Rhein
Lasst mich in den Hügel ein!

Dann werde sich der Hügel auftun, und der Bartel solle den besten Most haben, den es weit und breit gebe. Dann war das kleine Männlein verschwunden.

Wie dann der Mosttag gekommen ist, ging der Bartel nach dem Hügel und tat, wie ihn das Weinmännlein geheissen. Da tat sich der Hügel auf, und grünes Licht strahlte in einem weiten Gewölbe. Und überall lagen Fässer und Fässchen voll des köstlichsten Mostes, und zwischendurch trippelten unzählige Weinmännlein. Es ging zu wie in einem Ameisenhaufen. Das Weinmännlein, das der Bartel in der Mütze gehabt hatte, kam auf ihn zu und führte ihn tief ins Gewölbe hinein. Dann zeigte es auf ein Fässlein und sagte: "Das nimm mit; darin ist der beste Most, der je gemacht wurde." Der Bartel nahm das Fässlein auf den Rükken und ging dem Ausgange zu. Wie er draussen war und sich umkehrte, um nochmals schönen Dank zu sagen, war der Hügel wiedergeschlossen, und alles war dunkel ringsum.

Als am andern Tage die Bauern vom Moste des Bartel kosteten, lobten sie ihn über alle Massen. Seitdem hat der Bartel alle Jahre den besten Most gehabt und ist darüber gar wohlhabend geworden. Seinem Vetter Johann aber liess der Neid keine Ruhe, und er spähte dem Bartel überall nach, um herauszubekommen, wie der es anstellte, zu so gutem Moste zu kommen. Endlich kam er dahinter. Er war dem Bartel am Vorabend der Mostprobe nachgeschlichen und hatte gesehen, wie der Bartel mit der Mütze gegen den Hügel geschlagen und ein Verslein dabei gesagt hatte. Das Verslein hatte er sich gemerkt. Dann war der Hügel aufgegangen und Bartel darin verschwunden. Wie er dann wieder kam, hatte er ein Fässlein auf dem Rücken. Seitdem liess es dem Johann keine Ruhe mehr, wie er die Mütze bekommen könne. Und im nächsten Jahre, als Bartel wieder nach dem Hügel ging, um sein Fässlein zu holen, ging ihm der Johann nach, schlug ihn mit einer schweren Schlage nieder und schob ihn in einen in der Nähe stehenden Backofen, den er verschloss. Dann nahm er die Mütze, ging nach dem Hügel, schlug mit der Mütze dagegen und sagte das Verschen.

Wie in jedem Jahre tat sich der Hügel auf. Die Weinmännlein aber wussten, was mittlerweile geschehen war, liessen sich jedoch nichts merken. Sie sagten dem Johann, er wolle wohl von dem gutenMost holen. Da müsse er erst drei Proben bestehen. Zuerst müsse er eine Stunde lang keltern. Und nun musste der Johann an die Arbeit. Wenn er einmal ausschnaufen wollte, waren die Weinmännlein gleich wieder da und trieben ihn an, dass er nur so in Schweiss kam. Aber schliesslich ging auch diese Stunde herum. Dann kam die zweite Probe. Johann musste sich eine halbe Stunde lang von den Weinmännlein piesaken lassen. Man sollte nicht glauben, was diese kleinen Kerlchen alles zuwege brachten! Sie setzten sich dem Johann auf die Nase und stachen ihn mit ihren spitzen Nägeln, zwickten und zwackten ihn am Bein, am Arm, stachen ihn in sein Hühnerauge und quälten ihn, dass er laut aufschrie. Der Johann begriff nicht, wie der Bartel um so ein Fässlein Most sich alle Jahre so schinden lassen konnte. Dann kam die dritte Probe. Johann sollte zehn Weinsorten der Weinmännlein probieren. Das, dachte er, solle ihm nicht gar schwer fallen. Die erste Sorte war nicht gerade gut, aber trinkbar. Bei der zweiten verzog er schon das Gesicht; sie schmeckte fast wie Essig. Bei der dritten spuckte und prustete er, und bei den folgenden Sorten wurde es immer schlimmer. Das war schon kein Wein mehr. Da zogen sich ja alle Löcher im Strumpfe zusammen, wenn man den trank. Der letzte war so schlimm, dass Johann nur einen ganz winzigen Schluck davon geniessen konnte. Aber jetzt hatte er die Proben bestanden und bekam

sein Fässchen Wein. Die Mütze war nicht mehr da. Aber darauf legte er keinen Wert, weil er diese Schinderei doch nicht noch einmal mitmachen wollte. Er ging, ohne schönen Dank zu sagen, und am andern Tage, als er in den Dorfkrug kam, wunderte man sich, wo der Bartel so lange blieb. Schliesslich fing man aber mit der Probe an, und Johann pries seinen Most: er habe eine ganz neue Art, die besser sei als die vom Bartel. Das wollte niemand glauben, aber man probierte seinen Most doch. Kaum hatten die ersten einen Schluck genommen, da spuckten sie ihn auch wieder aus, schimpften auf den elenden Krätzer, und einer kam so in Wut, dass er das Fässchen hochhob und sagte, der Johann wolle sie nur zum Narren halten, und dann warf er das Fässchen auf den Boden, dass es in tausend Stücke zersprang. Der Most lief über den Fussboden. Zwischen den Trümmern des Fässchens aber lag die Mütze des Bartel. Die Weinmännlein hatten sie ins Fässchen getan.

Jetzt ging es über den Johann her. Woher er die Mütze hätte, und wo der Bartel wäre. Und weil er's nicht sagen wollte, schlugen sie ihn, bis er alles haarklein erzählt hatte. Dann musste er zur Strafe die Reste seines Mostes in den Gläsern austrinken. Die Bauern rannten nun nach dem Backofen. Da lag der Bartel noch drin. Er war bewusstlos gewesen und noch so betäubt, dass er den Ofen nicht hatte aufmachen können. Sie holten ihn heraus, und er war bald wieder wohlauf. Den Bauern hat er dann erzählt, wie er zu dem Weinmännlein und zu seinem Moste gekommen war.

Nach dem Hügel ist der Bartel nicht wieder gegangen. Aber die Weinmännlein haben seinen Weinberg gehütet, sodass er auch künftig den besten Most hatte. Und die Leute wussten nicht, woher er ihn habe. Wenn sie aber jemand als recht bezeichnen wollten, dann sagten sie: "Der weiss, wo Bartel den Most holt!" Seitdem sagt man das überall auf der Welt. Fix.

Sozialistischer Kulturaufbau.[x]

Das Werk der deutschen Arbeitersänger.

SPD. Es ist länger als zwei Jahrzehnte her, seitdem die im Auftrage des Bundesvorstandes des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes von Victor Noack bearbeitete erste Materialsammlung des Bundesvorstandes über die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung veröffentlicht worden ist. Es war ein schmales Bändchen von nicht ganz hundert Seiten. Jetzt liegt eine Neubearbeitung jener Bundesgeschichte und ihre Fortführung bis ins Jahr 1932 aus der Feder des gleichen Bearbeiters vor. Ein Werk von mehr als 400 Seiten. Der Bearbeiter gibt darin nicht nur eine lückenlose Entwicklungsgeschichte, er behandelt auch die von der allgemeinen Politik jeweils aufgeworfenen Probleme, soweit sie die Arbeiter-Sängerbewegung berühren: so das Problem der Kunst im Dienste der sozialistischen Idee, das Problem der modernen Arbeiterbewegung als Träger und Nutzniesser des Arbeiter-Chorgesanges, das Uebergreifen der Gärungs- und Klärungserscheinungen in der politischen Arbeiterbewegung auf die Arbeiter-Kulturbewegung. Allenthalben spürt man das Bemühen des Bearbeiters, Gegensätze zu überbrücken, um das grosse und schöne Werk der Organisation vor Schaden zu bewahren.

Schon in den ersten Ansätzen der Arbeiter-Sängerbewegung zeigt sich deren enge Verbundenheit mit der politischen Arbeiterbewegung. Zu den ältesten Vorläufern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes (DAS) gehört der 1843 in Leipzig als Abteilung des 1833 gegründeten "Kunst-und Gewerbevereins" entstandene Gesellenverein, dessen sangesbegabte Mitglieder jeden Sonntag zwei Stunden von dem Musiklehrer der Thomas- und Ratsfreischule Karl Zöllner im Chorgesang unterrichtet wurden. August Bebel berichtet in seiner Lebensgeschichte, dass er 1865 in der Gesangsabteilung des "Arbeiterbildungsvereins" gesungen

habe. In Frankfurt a.M. bestand schon 1863 ein Arbeitergesangverein, der auf Anregung Lassalles gegründet worden ist. Alle diese Vereine waren vereinzelte Erscheinungen. Eine grössere sozialistische Arbeiter-Sängerorganisation entstand erst kurz vor Erlass des Sozialistengesetzes, um die Mitte der siebziger Jahre, im Rheinland mit der Loslösung von etwa elf Vereinen von der bürgerlichen Sängerbewegung. Im Sommer 1878 wurde in Gotha ein "Allgemeiner Arbeitersängerbund" gegründet, der sich hauptsächlich auf Westdeutschland erstreckte. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, erhielt die Bewegung im Oktober 1890 einen gewaltigen Aufschwung. 1891 schlossen sich in vielen Orten Arbeitergesangvereine zu Bünden zusammen (Berlin, Brandenburg, Hamburg, Leipzig, in Thüringen wie im Rheinlande und anderswo). In den Weihnachtstagen 1892 tagte in Berlin der "Erste Delegiertentag aller Arbeitersängerbünde Deutschlands". Insgesamt 14 Verbände mit 319 Vereinen und 9150 Mitgliedern nahmen daran teil. Auf diesem ersten Arbeitersänger-Kongress wurde die "Liedergemeinschaft der Arbeitersängervereinigungen Deutschlands" gegründet, die vierzehn Jahre später in den "Deutschen Arbeiter-Sängerbund" (DAS) umgebildet wurde. Im Frühjahr 1908 trat in Köln die erste Bundesgeneralversammlung des DAS zusammen. Der Bund zählte schon im ersten Jahre seines Bestehens rund 100 000 Mitglieder. Sein Jahresetat balanzierte mit rund 9000 Mark. Die Auflage des Bundesorgans "Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung" bezifferte sich auf 60 000. Der DAS stellte sich die Aufgabe: den Volkschorgesang zu kultivieren und dabei das proletarische Kampflied besonders zu pflegen. Er wandte sich gegen die fade Vereinssingerei. Viele Seiten der "Geschichte des Deutschen Arbeitersängerbundes" berichten über die politischen Verfolgungen der Arbeitersänger, die nicht etwa nach 1890 aufgehört haben, vielmehr bis in die Jahre des Weltkrieges dauerten.

Im Gegensatze zum "Deutschen Sängerbund", der bürgerlichen Organisation, die ausschliesslich Männerchöre duldete, bildete der DAS ganz zielbewusst Frauen-, Jugend-, Kinder- und Gemischte Chöre. Um die Jahrhundertwende gab es ausserdem mit Unterstützung der "Volksbühne" gegründeten "Berliner Volkschor" erst drei Gemischte Chöre mit mehr als 150 Sängern und Sängerinnen je Chor; 1908 dagegen bestanden im DAS schon 13 Frauen- und 51 Gemischte Chöre, und 1912 betrug die Zahl der weiblichen aktiven Mitglieder des Bundes bereits 7000. Die Bundestagungen 1911 (Stuttgart), 1914 (Leipzig), 1920 (Kassel), 1923 (Erfurt), 1926 (Hamburg) und 1929 (München) zeigen einen stetigen, teilweise sprunghaften Aufstieg: 1911 rund 150 000, 1914 schon rund 192 000 Mitglieder. Der Krieg brachte natürlich einen Rückschlag: 1917 zählte der Bund nur noch ganze 16 000 Mitglieder. Aber wie gesund die Bewegung war, zeigte das Emporschnellen der Mitgliederzahl von Kriegsende bis November 1919 auf 108 000 und bis 1920 auf 156 700. Selbst im Inflationsjahre (1923) zählte der Bund insgesamt rund 264 000 Mitglieder. Es bestanden in jenem Jahre 3 732 Männer-, 691 Frauen- und 743 Gemischte Chöre. 1926 umfasste der DAS in 29 Gauen rund 277 000 aktive und 129 000 passive, zusammen 356 000 Mitglieder. Die Zahl seiner Chöre betrug damals 4 696. An dem 1928 in Hannover abgehaltenen "Ersten Bundessängertreffen des Deutschen Arbeitersängerbundes" beteiligten sich rund 50 000 Mitglieder. Das Reich war bei diesem Feste vertreten durch den Reichstagspräsidenten Paul Löbe, das Land Preussen durch seinen Kultusminister Dr. Becker.

Nach diesem Aufstieg setzte eine Konsolidierung ein. Der Mitgliederzahl nach schlug die Bewegung 1929 eine absteigende Kurve ein. Sie betrug nur noch rund 212 000. Aber - Hannover hatte es bewiesen - innerlich war die Bewegung erstarkt. Sie war geistig, musikalisch und wirtschaftlich enorm gewachsen. Die Gesamteinnahme während der Geschäftsperiode 1926/29 bezifferte sich auf 1 400 000 Mark, und der DAS hatte in der Berliner City ein mächtiges Grundstück als Bundeshaus erworben. Jedoch - schon machten sich die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise bemerkbar. Als im Juni 1932 die VIII. Bundesgeneralversammlung in Braunschweig tagte, zählte der Bund nur noch rund

207 000 Mitglieder.

Anlässlich des 6.Bundestages des DAS - 1926 in Hamburg - wurde die Gründung der Internationale der Arbeitersänger (IDAS) vollzogen. Die Geschäftsführung der IDAS wurde dem Vorsitzenden des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes übertragen. Victor Noack hat in seiner Arbeit der IDAS ein besonderes Kapitel gewidmet. Der IDAS sind bis jetzt 17 Nationen angeschlossen: Amerika (USA), Belgien, Dänemark, Deutschland, Elsass-Lothringen, England, Holland, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palästina, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn.

Mit dem vorliegenden Werke ist nicht nur der Arbeiter-Sängerbewegung, sondern der Arbeiterschaft überhaupt ein Dokument an die Hand gegeben, das sie jedem entgegenhalten kann, der es wagt, die kulturpolitische Bedeutung der Arbeiterbewegung, die kulturpolitische Leistung der Arbeiterschaft für den geistigen und künstlerischen Aufstieg des deutschen Volkes anzuzweifeln. Umso bedauerlicher ist es, dass der Herausgabe des bereits gesetzt und umbrochen vorliegenden Buches im Augenblick wirtschaftliche Schwierigkeiten des Bundes im Wege stehen; es ist zu wünschen, dass dieses Hindernis im kommenden Frühjahr behoben sein möge.

Das Geheimnis des Nebels.[x]

SPD. Nicht ohne Grund fürchteten sich unsre Vorfahren vor den unheimlichen Nebeldämonen und Nebelgeistern, die vor dem nächtlichen Wanderer ihr Spiel trieben, ihn in die Irre lockten und dann dem Untergange preisgaben. Auch heute noch, im Zeitalter modernster, aufgeklärtester Wissenschaft ist der Nebel ein unheimlicher, gefährlicher Geselle geblieben. Jahr um Jahr vernichtet er mitleidslos unerhörte Werte an Menschenleben und Material. Allein in der Seeschiffahrt fielen in der Zeit von Januar bis November 1931 nicht weniger als 23 Schiffe mit 41 000 Tonnen Schiffsraum dem Nebel zum Opfer. (Spötter könnten einwenden, dass dann der Steuerzahler wenigstens nicht die Abwrackprämie an die deutschen Reeder zu blechen hätte....) Katastrophen aller Art, Verspätungen, Unfälle, Störungen, Unsicherheit und nicht zuletzt gesundheitliche Störungen sind auf das Konto des Nebels zu setzen. Aus allen diesen Gründen versucht man heute, den Nebel durch geeignete Spezialforschungen in seinem Wesen zu erkennen und endlich durchgreifende Mittel zu seiner Bekämpfung zu finden. Der suchende, nimmerrastende Forschergeist des Menschen nimmt den Kampf auf mit den Nebeldämonen und versucht, ihnen ihr Geheimnis zu entreissen.

So haben zwei Physiker des Technologischen Instituts von Round Hill in Massachussetts ein Mikroskop verwendet, mit dessen Hilfe sie die einzelnen Teilchen messen können, aus denen der Nebel sich aufbaut. Es ist hochinteressant, den Versuch im einzelnen zu verfolgen: In einem nebligen freien Gelände wird das Mikroskop aufgestellt. Eine klebrige Schicht hält die einzelnen Teilchen des Nebels unter der Optik fest. Werfen wir einen Blick durch das Mikroskop! Geheimnisvoll heben sich die feinen Nebelteilchen auf dem dunklen Untergrund ab. Sie leuchten hell auf, wie seltsame, unbekannte kleine Weltkörper! Man hat die Grösse der winzigen Nebelkörperchen gemessen und hat festgestellt, dass sie etwa 1 bis 20 Tausendstel Millimeter gross sind. Unvorstellbar winzige Grössenverhältnisse!

Man weiss nun, dass der Nebel sich nicht allein bildet, sondern dazu feinster Teile der Materie, sei es Staub, Russ, Rauch oder Meersalz, bedarf. Mit diesen feinsten Teilchen gehen Wassertröpfchen eine innige Verbindung ein. Jedes dieser winzigen Wassertröpfchen trägt eine elektrische Ladung mit sich, durch die es die Nachbarteilchen, die mit gleichnamiger Elektrizität aufgeladen sind, abstösst und damit das Auflösen des Nebels verhindert. Feuchter

Nebel ist bereits in der Auflösung begriffen. Bei ihm ist die Aufladung der einzelnen Teilchen nicht mehr festzustellen.

Bei Versuchen, die im Meteorologischen Institut der Universität Hamburg und in der meteorologischen Versuchsanstalt der Deutschen Seewarte zu Hamburg unter Leitung von Professor Wigand gemacht worden sind, wurde festgestellt, dass elektrisch hochgeladener Wasserstaub, den man in den Nebel hineinspritzte die entgegengesetzt aufgeladenen Nebelteilchen zur Auflösung brachte, sie also in Regen verwandelte. Sichtmessungen ergaben, dass es gelungen war, die Luft-trübung, also den Nebel, bis zu neun Zehnteln zu beseitigen. Leider aber ist es bis heute noch nicht gelungen, grössere Räume nebelfrei zu machen und den Nebel in grossem Ausmass zu besiegen. Dazu reichen die Geräte nicht aus. Innerhalb der heutigen Wirtschaftskrise, gehemmt durch schärfste Sparsamkeit, wären die Ausgaben, die bei einer Bekämpfung des Nebels im grossen entständen, zu hoch.

Vielleicht jedoch wird es eines Tages gelingen, unter Berücksichtigung der heute bereits gewonnenen Erkenntnisse durch ein anderes Verfahren den Nebel zum Zerfliessen zu bringen. Man kann sich vorstellen, dass das zum Beispiel durch die Jonisierung der Luft möglich werden könnte. Wer den Ultra-Kurzwellen sender gesehen hat, der auf dem Berliner Funkturm erbaut ist, der wird auch bemerkt haben, dass inder Atmosphäre ein leuchtendes Strahlenbündel beim Arbeiten des Senders erzeugt wird, Dieses Leuchten rührt von der Jonisierung der Luft her. Vielleicht besitzen wir also hier einen Weg, der zu einem wirtschaftlich günstigeren Entnebelungsverfahren führt.

Solange dies nicht gelingt, muss man bestrebt sein, die bisher im Nebel verwendeten Signalmethoden zu verbessern. Man weiss aus den amerikanischen und anderen Versuchen, dass grober Nebel besonders für rote Strahlen, feiner Nebel für grüne Strahlen durchlässig ist. Diese Erkenntnis müsste beim Bau geeigneter Signalgeräte ausgenutzt werden. In der Seeschiffahrt hat man versucht, neben Unterwasserschallgeräten auch die Funktechnik in den Dienst der Navigation zu stellen. Neben dem Funkpeiler, der in engen Fahrstrassen nicht verwendet werden kann, hat man andere Methoden nutzbar gemacht. Man hat zum Beispiel in die Fahrstrasse der Flussmündungen ein Kabel verlegt, das Wechselströme hochfrequenter Natur aussendet. Sie werden von geeignetem Funkgerät aufgenommen und ermöglichen es, das Schiff ständig bei langsamer Fahrt auf dem richtigen Kurs über dem Kabel zu halten.

So steht die völlige Beseitigung des Nebels, die ein klares und einwandfreies Erkennen der Landschaft ermöglicht und die indirekten Methoden der Wegfindung überflüssig macht, durch die die grossen Gefahren des Nebels zwar gemindert, aber nicht völlig beseitigt werden, noch aus. Wir sind dem Geheimnis der Nebelgeister näher gekommen, aber es ist uns einstweilen nicht gelungen, sie zu unsern Besiegten zu machen. Noch immer triumphieren die Naturkräfte über den Menschengeist. W.M.

SPD. Der neue Rundfunk.[x] Der Ministerialrat Walter von K. hatte einen Vortrag im Rundfunk gehalten. Frau R., eine schwerhörige alte Dame, sehr einflussreich, sagte zu ihm: "Mein lieber Herr v. K. Meine Schwerhörigkeit war leider daran schuld, dass ich Ihren Vortrag nicht geniessen konnte."

"Oh", meinte da der Ministerialrat, Bescheidenheit mimend, "da haben Sie nicht viel versäumt."

Frau R. nickte: "Das haben meine sämtlichen Bekannten auch gesagt."

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S·P·D

Nr. 74 Berlin, den 26. September 1932

Völkerbund und Frauenfreiheit.[x]

SPD. Auf der Tagesordnung der Herbsttagung des Völkerbundes steht ein Problem, das uns seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigt: die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau. Ungezählte Frauen der ganzen Welt werden den Beratungen und Beschlüssen der politischen Kommission und der Vollversammlung folgen, von deren Ausgang für viele eine neue Lebensgestaltung abhängt. Endlich soll eine internationale Regelung die schweren Ungerechtigkeiten beseitigen, wie sie bis heute in mehreren Staaten Europas und der andern Erdteile herrschen.

Leider gehört auch Deutschland immer noch zu diesen Ländern. Die deutsche Frau, die einen Ausländer heiratet, geht ihrer Staatsangehörigkeit verlustig. Sie hat also fortan keinen Anspruch mehr auf den diplomatischen Schutz ihrer Heimat, denn sie gilt nun selbst als Ausländerin. Sie geht, auch wenn sie ihren Wohnsitz in Deutschland behält, des Wahlrechts verlustig, denn nur deutsche Staatsbürger haben das Recht, zu wählen. Dieser Verlust ist vor allem für die verantwortungsbewusste Frau schwer zu tragen, die das Wahlrecht nicht als lästige Pflicht, sondern als Mittel, an der Zukunftsgestaltung ihres Volkes mitzuarbeiten, betrachtet. Besonders bitter aber wird ihr die Heimatlosigkeit bewusst, weil umgekehrt die Ausländerin, die einen Deutschen heiratet, als Deutsche gilt und damit auch das Wahlrecht in Deutschland ausüben darf. Das Gesetz bestimmt hier ganz automatisch, ohne Rücksicht darauf, dass die betreffende Ausländerin sich innerlich vielleicht viel stärker an ihre alte Heimat gebunden fühlt und auch mit den politischen Verhältnissen in Deutschland viel zu wenig vertraut ist, um selbständig ein Urteil fällen und das Wahlrecht ausüben zu können. Damit aber ist der Verlust an Rechten, den die Frau, die einen Ausländer heiratet, erleiden muss, noch nicht erschöpft. Sie muss auf ihre Beamtenpension verzichten, selbst wenn sie Jahre lang im deutschen Staatsdienste tätig war. Hat sie Examina in Deutschland abgelegt, so berechtigen diese fortan nicht mehr zu einer Anstellung in Deutschland, denn sie ist durch die Heirat nicht mehr deutsche Staatsangehörige. Bricht ein Krieg aus – und dieser Fall ist für viele von uns noch in deutlicher Erinnerung –, so untersteht die betreffende Frau den Bestimmungen, die für Ausländer getroffen werden. Ihr Vermögen kann beschlagnahmt, sie selbst kann interniert werden. Für Schäden, die durch Besatzung oder Beschlagnahme verursacht werden, erhält sie keine Vergütung. Aber auch im Frieden untersteht sie im eigenen Lande, mit dem sie sich nach wie vor verbunden fühlt, den Vorschriften, die für Ausländer gelten. Sie hat beispielsweise auch keinen Anspruch auf Fürsorge, auf Schwangeren- oder Wöchnerinnenhilfe.

Dies ist die Lage, wie sie seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland unverändert geblieben ist. Die gleichen veralteten, ungerechten Vorschriften beherrschen das Gesetzbuch in England, den Niederlanden, Spanien und einigen kleineren Staaten. So sind ungezählte Frauen heute auf Grund ihrer Heirat staatenlos geworden oder gehören einem Lande an, mit dem sie wenig oder garnichts verbindet. Sie unterstehen Bestimmungen, die rücksichtslos in ihre Vermögensrechte und in jede Frage ihrer Selbstbestimmung, etwa im Falle einer Ehescheidung usw., eingreifen können. Für die staaten-

lose Frau aber ist kein Staat zuständig; sie ist so gut wie rechtlos geworden.

Dagegen haben sich eine ganze Reihe von Ländern einer modernen Auffassung angeschlossen. In Russland wurde das alte Gesetz beseitigt, sodass heute die Russin, die einen Ausländer heiratet, nach wie vor Russin bleibt und ihre Rechte behält, wenn sie nicht freiwillig darauf verzichtet. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich seit Jahren eine neuzeitliche Auffassung des Problems zu eigen gemacht. Im Cable Act von 1932 wurde bestimmt, dass die Amerikanerin, die einen Ausländer heiratet, nach wie vor Bürgerin ihres Landes bleiben kann. Wohnt sie als Ehefrau ununterbrochen zwei Jahre lang im Lande ihres Mannes, ausserhalb Amerikas oder fünf Jahre sonst irgendwo im Auslande, so wird zwar angenommen, dass sie auf ihre amerikanische Staatsangehörigkeit verzichtet. Aber die betreffende Frau kann in diesem Falle Einspruch erheben und an ihrer amerikanischen Staatsangehörigkeit festhalten. Andrerseits wird die Ausländerin, die einen Amerikaner heiratet, nicht automatisch Amerikanerin. Das mussten auch die etwa 2000 Mädchen erfahren, die im besetzten Rheinland Amerikaner heirateten. Sie gingen der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig und wurden staatenlos. Immerhin haben die Vereinigten Staaten die Möglichkeit offen gelassen, unter leichten Bedingungen und mit wenigen Scherereien die amerikanische Staatsangehörigkeit zu erwerben: ein Beispiel für die Verflochtenheit internationaler Fragen, von denen die Frauen abhängig sind. In Belgien herrscht die moderne Auffassung, dass die Frau ihre Nationalität selbst zu bestimmen hat. Sie hat das Recht, innerhalb von 6 Monaten nach der Eheschliessung mit einem Ausländer ihre belgische Nationalität wieder zu erwerben, kann also Belgerin bleiben. In den nordischen Staaten gilt meistens der Wohnsitz des Ehepaares als entscheidend für die Lösung der Frage. In Frankreich wurde 1927 ein entsprechendes Gesetz angenommen: Die Französin, die einen Ausländer heiratet, bleibt Angehörige ihres Landes, falls sie nicht selbst die Staatsangehörigkeit ihres Mannes zu erwerben wünscht. Leider aber machen die veralteten Gesetze andrer Länder wie u.a. Deutschland diese Bestimmung illusorisch, wenn z.B. eine Französin einen Deutschen heiratet. In diesem Falle muss die Französin, ob sie will oder nicht, Deutsche werden und geht so ihrer französischen Nationalität verlustig, trotz der Bestimmungen ihrer Heimat. Auch dieser Fall beweist, wie alles nach einer vernünftigen internationalen Regelung drängt, und wie notwendig es ist, dass der Völkerbund das Problem endgültig zu lösen versucht.

Bereits im Jahre 1913 versuchte die deutsche Frauenbewegung, die veralteten Bestimmungen zu ändern. Sie hatte keinen Erfolg. Die Vorschriften wurden unverändert in das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz hinübergenommen. Als vor wenigen Jahren bei einer grossen Demonstrationsversammlung im Haag die verschiedenen weiblichen Angehörigen ihrer Länder aufmarschierten, da trugen die betreffenden Frauen und Mädchen festliche weisse Abzeichen, wenn es sich um ein Land handelte, in dem die Staatsangehörigkeitsfrage endlich gelöst war. Hoffen wir, dass diese Abzeichen sich nach der Tagung des Völkerbundes noch beträchtlich vermehren werden, und dass überall in der Welt die Frau, ob sie verheiratet ist oder nicht, das Recht erhält, sich genau wie der Mann ihre Nationalität selbst zu wählen.

-s.

Der Hörbericht.[x]

SPD. Jeder hatte die alte Frau Kaspar gekannt, vom ersten bis zum letzten Hause der schmalen Strassen, die etwas abseits vom Grosstadtverkehr im zeitvergessenen Altstadtviertel liegen. Wenn sie mit ihrer altertümlichen

Einkaufstaschedas holprige Pflaster passierte, stand sie im Mittelpunkte der allgemeinen Aufmerksamkeit. Hier galt ihr ein Gruss, dort wurde sie angesprochen,aber vor allem waren ihr die Herzen der Kinder zugetan. Sie war ihre Oma die andere Oma. Auch die Erwachsenen gebrauchten diese Bezeichnung.

Das war immer so gewesen,seit fast undenklichen Zeiten. Die alte Oma gehörte zum Strassenbilde, und wenige mochten sich erinnern,dass sie auch einmal jung gewesen war. Ja,sogar sehr jung. Von weit her gekommen hatte sie, als die Stadt noch klein war und nicht weit über das jetzige Altsatdtviertel hinausreichte,sich in einem der schönsten Häuser niedergelassen; als dienstbarer Hausgeist, als Mädchen vom Lande. Von da ab war ihr bescheidenes Schicksal mit der grossen Geschichte der Stadt verknüpft. Gute und schlechte Tage waren über sie hinweggerauscht, und oft hatte der Tod ihren kleinen Familienkreis überschattet. Denn sie blieb nicht lange das Mädchen vom Lande,wurde Frau und Mutter. Genau so wie die jungen Frauen,die sie alle hatte grosswerden sehen, trug auch sie einst an der Seite eines starken Mannes ihre Kinder in den Sonntag hinaus. Dann kam der Krieg und verlangte auch von ihr das grösste Opfer. Sie hatte nicht glauben wollen,dass der Verlust ihrer beiden Söhne zu ertragen wäre. Doch der Alltag ging weiter, unerbitterlich,und eines Tages trug man auch ihren alt gewordenen Lebenskameraden zu Grabe,und sie stand wieder ganz allein,wie sie gekommen war.

Das lag nun aber auch schon wieder weit zurück. Die jüngere Generation konnte sich nicht mehr erinnern, oder schien das nur so? Sie nahmen die Oma, wie sie war, alt, freundlich und weise, und wäre es anders gewesen,dann hätte etwas gefehlt.

Eines Tages aber war sie nicht mehr da. Eine andere Frau ging mit der vertrauten Einkaufstasche über die Strasse. Die alte Oma lag krank zu Bett, und sie, die so oft Anderen Linderung und Trust gebracht, war nun selbst den Händen hilfsbereiter Nachbarn anvertraut.

Es wurde ein langes Krankenlager. Wochen vergingen. In tiefer Stille lag das Krankenzimmer, und in den überlangen Nächten durchlebte die Kranke immer wieder die bittersten Stunden vergangener Tage. Es war doch oft traurig gewesen, und eigentlich war es ihr ganz recht, nun alles zu verlassen.

Da wurde sie in ihren düsteren Gedanken mit der letzten Errungenschaft des menschlichen Forschergeistes bekannt gemacht. Sie,die immer etwas altmodisch war und für die hastende Zeit der Jungen absolut nichts übrig hatte, bekam nun ein Radiogerät ans Bett gestellt. Nie hätte sie sich dazu aufgeschwungen. Mit zitternden Händen legte sie die Kopfhörer um, und - - Achtung! - Achtung! - - begann ein neuer Abschnitt ihrer Krankheit, - ja,ein neuer Abschnitt ihres Lebens. Eine ungenahnte Welt ging ihr auf. Mit Liedern und Worten und der Zauberkraft der Melodieen strömte ein neuer Lebensmut in ihre müden Adern. Die Welt war ja so gross und schön, und was gab es nicht alles von ihr zu erzählen! Wo war sie nur das ganze Leben hindurch gewesen, und was hatte es ihr gebracht? An der Schwelle ihrer Hoffnungen stiegen plötzlich neue Wunsche auf,die grosse Sehnsucht. Weiter draussen war so ein Stück Welt. Sie hatte es wachsen sehen. Als jedoch dann ein Schlot nach dem andern in die Wolken hinauf ragte und den Horizont verdeckte mit grauen Schwaden und ein tausendfacher Lärm herüberschallte, war es ihr unheimlich geworden. Nun aber, nach so vielen Jahren, vernahm sie einen seltsamen Lockruf von da draussen, aus der Ferne. Wenn sie doch noch einmal jung sein und die ganze Welt so recht von Herzen lieben könnte! Noch einmal jung sein und die Heimat wieder sehen! Sie war nicht oft dort gewesen,seitdem der Vater und die Mutter zum erstenmale dem Zuge nachgewinkt hatten, und selbst das letzte Mal war schon lange vor dem Kriege gewesen.

Eines Abends aber - sie lag schon seit Monaten - wollte ihr schwacher Körper sich trotz aller voraufgegangenen Besserung endgültig zur Ruhe begeben. Sie lag elender als je und fühlte das Nahen des Todes. Wie zum Abschied

nahm sie noch einmal die Kopfhörer um, nur um noch einmal das weite Brausen zu vernehmen, den Atem der Welt. - Da klang in ihren Ohren ein längst verschollenes Lied. Heimatklänge stürmten auf sie ein und begannen ein grosses Wecken in ihrer Brust. Wie von einem Sturmwind wurden ihre müden Gedanken erfasst, und eine längst verstaubte Stätte wurde wieder freigelegt. Mit klopfendem Herzen vernahm sie die heimatliche Mundart, so fern und doch so nah, so fremd und doch vertraut. Und im Verlauf der Sendung, die der Ansager ganz nüchtern als einen Heimatsabend, als einen Hörbericht aus unbekannter Ferne bezeichnet hatte, erstand in der Kranken in aller ihr bekannten Buntheit das heimatliche Dorf. Die engen Wände ihrer kleinen Kammer bargen die ganze Weite der heimatlichen Flur. Im sommerlichen Goldrausch stand das Elternhaus. Sie sah sich selbst inmitten der Dorfjugend, hörte die frohen Gesänge und stimmte leise mit ein in das jubelnde Gelächter. Die Spinnstuben erlebten eine Auferstehung; die alten Sagen und oft belachten Schnurren wurden wieder gegenwärtig, und alles, alles war durchdrungen vom Dengeln der Schnitter und vom Rauschen der heimatlichen Seen.

Dann war es zu Ende. Mit geschlossenen Augen lag sie in den Kissen, und ein seliges Lächeln verklärte ihre Züge. Mit dem letzten Klange der Darbietung hatte auch ihr Herz aufgehört zu schlagen, das noch einmal die Heimat erlebt hatte, nach der es sich so gesehnt hatte.

Als der Ansager die letzten Meldungen durchgab, standen die Kopfhörer wieder unter einem andern Zeichen, im Dienste der grossen Ereignisse einer grossen Welt, und niemand in den schmalen Strassen wusste vom Abschied der alten Oma Kaspar, die alle gekannt hatten und die es einmal gegeben hatte.

Willi Pfeifenbring.

Ein hoffnungsloses Geschlecht.[x]

SPD. Wenn die Not so gehäuft auftritt wie in unsrer Zeit, dann stumpft sie nicht nur die Nichtbetroffenen allmählich ab, sondern auch die, die sie am eigenen Leibe erleiden. Mit der Not ist es so wie mit dem Schmerz: bis zu einer Höchstgrenze gehen die Nerven mit; das Schmerzempfinden steigert sich so, dass man glaubt, unmöglich noch mehr ertragen zu können. Auf einmal setzt auf dem Höhepunkte des Schmerzes die Güte der Natur ein und führt über die schwindelnden Höhen zurück: eine Beruhigung der Nerven gibt dem Schmerz ein erträgliches Mass. In den allerschlimmsten Fällen schwindet das Bewusstsein ganz, und der Schmerz löst sich in Leichtheit und Unempfindlichkeit auf. Dass die Wirkung der Not auf den Menschen genao su im Seelischen verläuft, dass sich ihre schlimmsten Auswüchse in Abgestumpftsein und Gleichgültigkeit verlieren, das lehrt uns die Wirklichkeit jeden Tag. Interesselosigkeit und Hindämmern sind nichts andres als der Schutzwall vor einem völligen Inbesitznehmen des Menschen durch die Not.

Die Wirkung aller Nebenerscheinungen, die die Arbeitslosigkeit hervorbringt, wird sich erst in ihrem ganzen Ausmasse zeigen, wenn die Generationen heranwachsen, die in den Zeiten der Arbeitslosigkeit gezeugt sind. Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung, Arbeitslosigkeit als Lebensplan oder genauer gesagt: als Planlosigkeit im Leben ungezählter Millionen - sie bringt ein andres Geschlecht hervor, als es aus ruhigen und gesicherten Zeiten erwächst. An seiner Wiege steht die Hoffnungslosigkeit und die Freudlosigkeit seiner Erzeuger. In Sorgen wurde es mit Sorgen erwartet, ungewollt und ungeliebt schon als Ungeborenes. Das ist die Wahrheit vor den Berechnungen und Statistiken, vor den Wünschen und vor dem Lamento der Bevölkerungspolitiker:

"Nur aus Versehen wurden wir gezeugt;
Man hätte uns vor unserm Schicksal gern bewahrt.

Man wusste ja, wie unser Leben wird...
Man hätte uns lieber gespart." (Renate Holz.)

Wir wollen einen Fall herausgreifen, der bestimmt die Freude aller Statistiker erwecken wird - nur unsre nicht. Um zu sehen, wie die Wohlfahrtserwerbslosen leben, wie sie es fertig bringen, mit den geringen Unterstützungsmitteln einigermassen durchzukommen, und um aus direkter Anschauung zu wissen, wo sie sich am meisten bedrückt fühlen, hat eine sozialdemokratische Zeitung einen Genossen zu einer Reihe von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern geschickt. Im dunkelsten Fabrikviertel - schmutzig-graue, vollkommen verwohnte, trostlos aussehende Häuser, die von der benachbarten Maschinenfabrik erbaut sind - sucht er einen Erwerbslosen, der Vater von 15 (fünfzehn!) Kindern ist. Weil Hausnummern in dieser Gegend Luxus sind, findet man nur nach langem Hin- und Herfragen das Haus - damit aber noch immer nicht die Wohnung. Schliesslich ist eine Tür gefunden, die erst nach mehrmaligem Klopfen von einem Kinde geöffnet wird. Alles ist finster. Man ahnt eine Küche. Als sich die Augen an das Dunkel gewöhnt haben, unterscheidet man Gestalten: der Vater sitzt mit drei Kindern im Dunkeln. Das Licht muss gespart werden. Seit fünf Jahren ist der Mann arbeitslos. Achtzehn Jahre lang hat er auf der Maschinenfabrik gearbeitet. Aber jetzt fragt er vergeblich um Arbeit an. Für die ehemalige Arbeitsstätte ist er schon zu alte. Von der Stadt hat er zweimal für ein halbes Jahr Notstandsarbeiten erhalten, sodass er jetzt wieder in der Arbeitslosenversicherung ist. Von den fünfzehn Kindern sind noch sechs bei ihm im Hause, im Alter von 2 bis 10 Jahren. Er bezieht 25.-ℳ Erwerbslosenunterstützung in der Woche. Acht Menschen leben davon. Kleider, Mäntel, Wäsche, Schuhe - alles ist nicht vorhanden oder völlig zerschliessen. Wenn der Mann nicht zum Stempeln zu gehen braucht, geht er auf einen Kehrrichtabladeplatz und sucht sich dort die Feuerung zusammen. Er hatte gerade ein Paar Kinderschuhe mit durchlöcherten Sohlen gefunden und zeigte sie dem Besucher. (Das Wohlfahrtsamt hatte einen Antrag auf Schuhe abgelehnt. Wir sollen ja nach dem "wahrhaft sozialen" Programm der Regierung der "aufbauwilligen Kräfte" nicht länger in einem "Wohlfahrtsstaate" faul dahinleben).

Wie wachsen nun diese Kinder heran? Der Vater möchte für sie arbeiten und schaffen. Er kann es nicht, weil man seine Arbeitskraft nirgends braucht. Sie ist vollkommen unterwertig. Stattdessen bezieht er "Wohlfahrts"unterstützung. Viele Stellen und viele Menschen muss er bemühen, muss für seine Kinder bitten, um sie am Leben zu erhalten und nicht völlig verkommen zu lassen. Trotzdem herrscht in seiner Familie grösste Not, und Zeit und Arbeitskraft werden zum einzigen sinnlosen Ueberfluss. Der Kehrrichtabladeplatz wird zur einzigen Stelle, wo sich die freue Arbeitskraft betätigen darf. Muss sich nicht in den Köpfen dieser armen Kinder ihr eigenes Leben als ein Kehrrichtabladeplatz darstellen? Verschlossene Fabriktore, verschlossene Türen vor allen Läden, in denen sie jedem Mangel abhelfen könnten, verschlossene Türen vor den Schönheiten der Welt und des Geistes. Wir ziehen durch die Zeiten... Wir ahnen alles das, was hinter den verschlossenen Türen wartet, aber - unser Weg führt uns daran vorbei.

Neulich erzählte mir eine Mutter ein Erlebnis mit ihrem sechsjährigen Kinde. Es hatte in der Schule die Geschichte von Jesu Geburt gehört und liess sie sich von der Mutter noch einmal erzählen. An der Stelle, an der es heisst: "und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge", sagte das Kind: "Wenn sie so arm waren, dann gingen sie wohl auch zum Wohlfahrtsamt?"

Auch die sogenannten "Kriegskinder" sind ein andres Geschlecht geworden. Für sie war der Krieg nicht der Riss, der durch das abgefangene Leben aller derer ging, die ihn bewusst mitkämpfend oder mitleidend erlebt haben, sondern er war Anfang und Richtschnur und presste sie zwangsmässig in Bahnen, aus denen sie kaum wieder herauskommen können, weil von diesen Bahnen

die entscheidenden Kindheitserlebnisse geformt sind, die das spätere Leben richtunggebend bestimmen. Nur eins hatte der Krieg vor unsrer Gegenwart voraus: die Hoffnung auf ein Ende, auf Frieden,auf bessere Zeiten. Ueber den Kindern der Arbeitslosigkeit steht diese grosse Triebkraft nicht. Dieses eherne "Lasst alle Hoffnung fahren!" macht sie elender als die Not selbst. Es sind ja nicht nur die von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien von dieser Stimmung vergiftet; die gesamte Umwelt der Kinder und auch die grosse Oeffentlichkeit sind es,soweit sie nicht vom Mute der Verzweiflung einer gewalttätigen Gruppe angesteckt sind. Die heranwachsenden Kinder haben kein Ziel und keinen Weg; niemand denkt mehr über den Tag hinaus. Weil das Geld nur von der Hand in den Mund reicht,sind auch die Wünsche zu Eintagsfliegen geworden, deren Befriedigung die Willenskraft garnicht erst in Tätigkeit zu versetzten braucht. Auch der Glaube ist fast ganz verschwunden. Mit Resignation, Fatalismus und im besten Falle Zersetzungslust wird der Boden bestellt, auf dem die Kinder heranwachsen. Und dürrer Boden trägt nur dürre Früchte.

Zwei Möglichkeiten gibt es für diese Kinder nur: eine Gewöhnung an dieses Vegetieren ohne Sinn und Ziel, es als Tatsache hinzunehmen und ihm noch angenehme Seiten abzulocken - oder aber, Rebellen und Hasser zu werden und die zugeschüttete Glut für einen Ausbruch zu hüten. Zwangsläufig schreibt diese Situation auch der sozialistischen Erziehungsbewegung ihren Weg vor. Einmal hat sie Freude, viel Freude, noch mehr als bisher,trotz geringerer Mittel, in das freudlose Leben dieser Kinder zu bringen, und zum andern muss sie der Sinnlosigkeit einen Sinn und ein Ziel geben,damit das abgeleitete Leben wieder lebendig fliessen kann.

Trude Wiechert(Hannover)

Lachen und Weinen.[x]

SPD. Fast immer schwingt eine leise Geringschätzung mit,wenn wir von Menschen sprechen,die der Gefühlsäusserung des Weinens unmittelbar die des Lachens folgen lassen können. Sie haben,wie sich der Volksmund ausdrückt, "Weinen und Lachen in einem Säckchen". Mit dieser Geringschätzung verbindet sich nicht selten bei uns die Vorstellung,dass diese Menschen irgendwie heucheln; besonders bei Kindern geht uns das oft so. Wir nehmen dann solche Gefühlsäusserungen nicht ernst, sondern werten sie als Ausflüsse launischer Impulse. Von Menschen,denen die Tränen sehr locker sitzen,sagen wir geringschätzig: "Sie haben zu nah ans Wasser gebaut". Auf andre,die oft aus vollem Halse lachen,wenden wir den Satz an: "Der Narr,er lacht; der Weise lächelt nur".

Ist es denn nun wirklich erstaunlich oder gar verwerflich,wenn Menschen "Lachen und Weinen in einem Säckchen" haben? Ist es wirklich ein Vorteil, wenn wir Erwachsenen uns so beherrschen gelernt haben,dass wir weder der Gefühlsäusserung des Weinens noch der des Lachens herzhaft und impulsgemäss nachgeben, oder ist es nicht vielmehr eine Verkümmerung gewisser Fähigkeiten, die uns eine gütige Mutter Natur zur Abreagierung seelischer und körperlicher Hemmungen und Spannungen verliehen hat?

Es geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus,eine physiologische Deutung des Weinens und Lachens zu geben, umso mehr,als bisher die Wissenschaft noch keine völlig befriedigende Erklärung dieser beiden Gefühlsäusserungen erbracht hat. Das Weinen z.B. deutet man einfach als Reiz,der,von den Nerven ins Gehirn geleitet, dort die Reaktion der Tränendrüsen auslöst. Aber derartige Deutungen können uns nicht genügen. Es will uns wohl einleuchten,dass zuerst eine rein äusserliche Augenreizung ein Tränen des Au-

ges hervorruft, um einen Fremdkörper hinwegzuspülen. Nahe genug liegt ferner die Deutung, dass die Natur, analog ihrer Absicht, schmerzliche Spannungen zu lösen, die spannungslösende Wirkung der Tränen, die zuerst rein phsysiologisch war, auch auf das Abreagieren seelischer Spannungen anwandte. Also besteht auch hier, wie überall beim Menschen, eine innige Verquickung rein körperlicher Vorgänge mit seelischen. Tatsächlich sind beide nicht voneinander zu trennen. Wir alle wissen, dass oft ein körperliches Unbehagen seelische Verstimmung zur Folge hat, dass sich bald beide sublimieren und in einem erlösenden Weinen, das glättend alle Unebenheiten des Körpers und der Seele hinwegspült, ihre Entspannung finden. Der Ausdruck "erlösendes Weinen" dokumentiert deutlich die lindernde Wirkung des Tränenflusses, während das Schluchzen als verkrampftes, verdrängtes Weinen anzusprechen ist, das nicht mehr wohltuend empfunden wird, sondern schmerzhaft. Verdrängt man Schluchzen und Weinen, so können seelische und körperliche Schäden die Folge sein.

Wie das Weinen, so ist auch das Lachen als Abreagierung anzusprechen. Auch hier könnte man sagen, dass eine Gemütsbewegung so gross geworden ist, dass nicht nur der Geist, sondern auch der Körper daran teilhaben möchte. Nicht umsonst prägte man das Wort: "Lachen ist gesund". Tatsächlich löst das Lachen ein deutlich verspürbares körperliches Wohlgefühl aus. Beides aber, Lachen wie Weinen, kann im Uebermass, wie jedes Zuviel in der Natur, zu Schädigungen führen, wie sie uns im Lach- oder Weinkrampf als gefährlichste Erscheinung entgegentreten.

Nun wird uns der eingangs erwähnte Ausdruck: "Lachen und Weinen in einem Säckchen" verständlicher. Lachen wie Weinen sind Aeusserungen des Gefühls, die einen gemeinsamen Ursprung haben, sich aber in verschiedenen Menschen verschieden offenbaren. Worüber der eine lacht, darüber kann ein andrer weinen. Man kann aus Freude lachen, aber auch weinen, unter Tränen lächeln, vor Zorn weinen, oder lachen, aus Mitleid lächeln, aber auch Tränen vergiessen.

Es gibt aber auch ein Lachen und Weinen, das nur vorgetäuscht ist, damit eine gewünschte Wirkung erzielt werde: die sogenannten "Krokodilstränen", wie sie der Volksmund wieder so treffend nennt, oder das kokette Lächeln, das sich bis zum verzerrten, maskenhaften Lachen steigern kann. All diese Aeusserungen, die absichtlich hervorgebracht werden, um eine Gemütsbewegung zu verbergen oder eine vorzutäuschen, haben nichts zu tun mit jenem Lachen und Weinen, wie wir es als spannungslösendes Mittel der gütigen Natur erkannten.

Darum, ihr Mütter und Erzieher, freut euch, wenn eure Kinder noch die Biegsamkeit des Körpers und der Seele besitzen, dass sie "Lachen und Weinen in einem Säckchen" haben können. Das hat nichts zu tun mit Verstellung oder Falschheit, offenbart vielmehr nur die noch weiche, ungeformte und geschmeidige Kindesseele, die wir Erwachsenen nicht vergewaltigen dürfen. Wir andern aber, ob jung oder alt, wollen lachen, wenn der Körper vor Freude schwingen möchte, weinen, wenn es Erleichterung bringen und schmerzlösend sein kann. Wir wollen aber auch Menschen sein, bei denen man lachen und weinen darf, und diese Gabe einer gütigen Natur nicht missachten. Aus solcher Haltung brauchen nicht ein Sichgehenlassen und Unbeherrschtheit zu resultieren. Das "Wie" der Gefühlsäusserung wird doch immer die Kultur und Herzensbildung des einzelnen Menschen bestimmen müssen.

Anni Weber.

Die Geschichte hat ihre Wahrheit; die Legenden haben auch welche.

Victor Hugo.